

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.50. Monatlich 50 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 5. Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Verlagsanzeigen, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., ankündigende Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 138.

Mittwoch, den 17. Juni 1903.

10. Jahrgang.

Bürgerschaftswähler

im Marien-Magdalenen-Quartier und nordöstlichen Theil der Vorstadt St. Lorenz!

Gehet Mittwoch Mann für Mann zur Urne und gebt geschlossene Listen ab.

Wählt die Kandidaten der Sozialdemokratie!

Der König ist todt, es lebe der König!

Sonntag Abend hielten Stupschina und Senat Sitzungen ab, welche sich bis spät in die Nacht hinauszogen. Namens der Regierung stellte Ministerpräsident Awakumowitsch den Antrag, den Fürsten Peter Karageorgewitsch zum König zu wählen, weil er der einzig mögliche Kandidat sei. Er wies auf die Gefahren hin, welche vom Auslande drohen würden, falls das Provisorium sich in die Länge ziehen sollte, und als ein besonders wichtiges Motiv für diese Königs-kandidatur machte er geltend, daß Rußland sich dahin geäußert habe, dem serbischen Volke stehe es vollkommen frei, sich nach eigenem Ermessen einen Herrscher zu wählen; sollten die Serben Karageorgewitsch erwählen, so würde Rußland nichts dagegen einzuwenden haben. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Zugleich wurde aber noch beschlossen, vor der Königswahl die Verfassung von 1888 wieder herzustellen; man wählte einen Ausschuß, der bis Montag die auf die Dynastie Obrenowitsch darin Bezug nehmenden Bestimmungen streichen oder ändern sollte. Daß man gerade die Verfassung von 1888 wieder herstellte, hat darin seinen Grund, daß dies die freieste Verfassung ist, die die Serben jemals gehabt hat. Nach derselben müssen, um nur Einiges anzuführen, alle Mitglieder der Stupschina vom Volke gewählt werden, der König hat nicht das Recht, eine Anzahl Mitglieder zu ernennen, und auch für den Staatsrath, der die Gesetze vorzubereiten hat, darf er nur die Hälfte erwählen. Ein Senat existirt nicht, denn es giebt nur eine Kammer. Daß mit der Wiederherstellung dieser Verfassung und der Einsetzung einer neuen Dynastie eine ruhige, fortschrittliche Entwicklung des Landes gesichert werden kann, ist leider nicht zu erwarten, denn es fehlt in Serbien an Leuten, welche die Verfassung zu beobachten gewillt sind. Außerdem ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die grauenhaften Morde früher oder später neue Gewaltthaten und Racheakte hervorzurufen werden, zumal auch solche Personen, die wie die beiden Lunjewitscha nicht direkt an dem Willkürregiment Alexanders schuld waren, oder wie der Ministerpräsident Zinzar Markowitsch, dem überhaupt kein besonderes Vergehen zur Last gelegt werden kann, von den Verschwörern niedergemacht worden sind.

Infolge des Sonntag Abend gefaßten Beschlusses trat Montag Vormittag 11½ Uhr die Nationalversammlung (d. h. Stupschina und Senat) im Konal zur Königswahl zusammen. In seiner Ansprache empfahl der Senatpräsident Belimirowitsch die Wahl des Karageorgewitsch zum König. Begeisterte Ziviorufe folgten seinen Worten. Die darauf vorgenommene namentliche Abstimmung ergab die einstimmige Wahl Peter Karageorgewitsch's. Der Justizminister theilte alsbald das Wahlergebnis der vor dem Palast harrenden zahlreichen Volksmenge mit, die die Ankündigung mit freudiger Zustimmung aufnahm. Von der Artillerie wurden sofort 101 Kanonenschüsse abgegeben. Ferner wurde seitens der Nationalversammlung beschlossen, den Prinzen, der sich in Genf aufhält, von seiner Wahl telegraphisch zu benachrichtigen und durch eine von der Volksvertretung im Einvernehmen mit der Regierung zu bestimmende Deputation demselben den Wahlschlacht überbringen zu lassen. Sofort wurde Peter in Genf angebracht und Abends traf von ihm bereits folgende Antwort ein:

Die glänzenden Beweise der Ergebenheit meines theuren Volkes, meines theuren Heeres und der patriotischen Regierung haben mich tief gerührt. Aus der Tiefe meiner serbischen Seele danke ich der Vorsehung,

die mir beschieden hat, aus Gottes Gnaden und durch des Volkes Willen den Thron meiner ruhmreichen Ahnen zu besteigen. Sie, Herr Ministerpräsident und Ihre Genossen in der Regierung bitte ich, meine königliche Anerkennung mit der Versicherung meines besondern Wohlwollens entgegenzunehmen.

Damit hat das serbische Königsdrama seinen vorläufigen Abschluß gefunden. Wie lange das Einvernehmen zwischen dem serbischen Volk und dem neuen König bestehen bleibt, wird die Zeit lehren. Der Gedanke, Serbien zur Republik zu erklären, wurde bereits mehrfach in den Kreisen serbischer Politiker erörtert, doch scheint dafür noch zu wenig Boden im serbischen Volke vorhanden gewesen zu sein.

Nach einer Meldung aus Budapest soll die Obduktion des Königs ergeben haben, daß dieser geisteskrank war. Die „Nat. Ztg.“ meldet über das Ergebnis der Obduktion, daß diese Abnormitäten im Gehirn ergeben hatte, so daß nach einigen Jahren wahrscheinlich Geistesföhrung eingetreten wäre.

Die, wie es scheint, vollständige Liste der Todten und Verwundeten ist nach der „Voss. Ztg.“ folgende: Toht sind: Der König, die Königin, der Ministerpräsident Zinzar Markowitsch, der Kriegsminister Pawlowitsch, der sich den Verschwörern im Konal mit der Waffe gegenüberstellte, Oberst Dinka Nikolitich, der ins Sommerlager eilte, um die Truppen gegen die Verschwörer zu rufen, die beiden Brüder der Königin, der mitverschworene Adjutant Raunowitsch, der Ordonanzoffizier Mikowitsch, der Einjährig-Freiwillige Sweiwarz Nikolitich, der Gendarmereiwachtmann Mijatowitsch, der Kammerdiener Milojewitsch. Verwundet sind: Der Minister des Innern Todorowitsch (er lebt zwar noch, doch ist keine Hoffnung auf Rettung), ferner seine Tochter, die den Vater schützen wollte, dann Kapitän Dimitriewitsch, der vom Ordonanzoffizier Milowitsch drei Kugeln erhielt, Leutnant Gagowitsch, dem Oberst Nikolitich eine Kugel ins Bein jagte, Kapitän Panajotowitsch, der in dem Augenblick verwundet wurde, als er die Thorwache fragte, was vorgehe, und schließlich noch einem verschworenen Offizier, dem Generaladjutanten Petrowitsch, die rechte Hand abhieb.

Die letzten Worte des Königs Alexander waren: „Zinzar Markowitsch, warum hast Du mir das gethan?“ Der König hielt den Ministerpräsidenten Zinzar Markowitsch für das Haupt der Verschwörung.

Belgrader Zeitungen behaupten, das Vermögen der Königin Draga belaufe sich auf elf Millionen Dinar und sei in Paris und in London hinterlegt. Diese Behauptung ist aber übertrieben. Thatsächlich ist nur gegen eine Million Barnachlaß vorhanden, außerdem freilich sind noch viele Schmuckfachen zurückgelassen. Der Nachlaß des Königs Alexander ist unbedeutend, weil sein Vermögen seit den Zeiten Milans hypothekarisch verschuldet ist. In der Hofkassa sollen sich an Baargeld 80 000 Dinar befinden haben. Manche radikalen Blätter rathen die Konfiskation des Nachlasses des Königs an, wül angeblich alle Obrenowitsch das serbische Volk bestohlen hätten.

Der „Köln. Ztg.“ zufolge ist der Plan zur Ermordung des serbischen Königs paares bereits am 24. Dezember vorigen Jahres geschmiedet worden. Als Tag der Ausführung sei zunächst der Todestag des Königs Milan bestimmt gewesen. Da jedoch der Wittwifer des Anschlags, der Oberleutnant Raunowitsch, der Adjutant des Königs, an diesem Tage keinen Hofdienst hatte, konnte er die erforderlichen Dienste nicht leisten, sodas die Ausführung auf den Gedenktag des

Auffstandes der Serben gegen die Türken unter dem Fürsten Milosch bei Takowa verschoben wurde. Als wiederum Schwierigkeiten eintraten und die Zahl der Wittwifer immer größer wurde, beschloß man, am Jahrestage der Ermordung des Fürsten Michael Obrenowitsch den Mord zu vollziehen, nachdem man noch von dem Plane, das Königs-paar auf dem Wege zum Zirkusgebäude am griechischen Pflanzfeste zu erschließen, Abstand genommen hatte, weil man befürchtete, daß Unschuldige im Gedränge getödtet werden würden.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Sozialdemokratie und Handel. Dem Sozialdemokraten August Dreesbach, Vertreter Mannheims im Reichstag und im badischen Landtag, sind für seine parlamentarische Thätigkeit im Laufe des verfloffenen Jahres folgende Anerkennungs-schreiben zugegangen:

Der Stadtrath der Hauptstadt Mannheim, den 27. Juni 02. Mannheim. Nr. 13733 I.

Die Oberrheinregulirung betr. Euer Hochwohlgeboren haben sich gelegentlich der Behandlung der Frage der Oberrheinregulirung in der II. Kammer der Landstände angelegen sein lassen, die Interessen der Stadtgemeinde Mannheim auf das Wärmste und Nachdrücklichste zu vertreten. Der Stadtrath erkennt gerne und voll Ihre Bemühungen in der für die Stadtgemeinde so hochwichtigen Angelegenheit an und bittet Sie, für Ihr thätkräftiges Eintreten zu Gunsten der Stadt herzlichsten und aufrichtigen Dank der Stadtverwaltung entgegenzunehmen zu wollen.

Mit vorzüglicher Hochachtung ergebenster J. W. Martin.

Die Handelskammer für den Kreis Mannheim. Mannheim, den 28. Nov. 02.

Euer Hochwohlgeboren haben sich durch das thätkräftige und zielbewußte Eintreten für die Erhaltung der gemischten Privattransitlager für Getreide, die ein unentbehrliches Lebenselement für den Bestand unseres Handels bilden, ein großes Verdienst erworben. Gestatten Euer Hochwohlgeboren uns als der geordneten Vertretung der wirtschaftlichen Interessen Mannheims, Ihnen Namens des Handelsstandes den wärmsten Dank hierfür ergebenst auszusprechen.

In vorzüglicher Hochachtung! Diffene. R. Emminghaus. Damit vergleiche man das wüßte Geschimpfe der Lübedischen Ordnungsretter gegen den Lübedischen Abgeordneten und dessen Partei.

Das dicke Ende kommt nach. Die Rhein-Westf. Ztg. meldet aus Berlin über die Vorbereitungen der neuen Artillerievorlage:

Unsere Mittheilung darüber, daß kürzlich eine Batterie der Garde-Feldartillerie mit den neuen Rohrrücklauf-Geschützen ausgerüstet worden sei, können wir dahin ergänzen, daß es sich nicht nur um diese eine Batterie handelt. Es sind bereits mehrere Batterien an die zum Empfang bestimmten Truppen abgegeben. Eine ist dazu bestimmt, auf einem unserer Schießplätze ein Schießfesten vor dem Kaiser vorzunehmen. Da weitere Geschütze in Arbeit gegeben sind, so kann man mit Sicherheit darauf rechnen, daß während der Kaisermanöver auf jeder Seite sechs Batterien mit den neuen Feld-

geschlichen erscheinen. Mit dieser Anzahl dürfte man in der Lage sein, ein endgültiges Bild über die Brauchbarkeit der Rohrrücklauf-Geschütze zu erhalten, welches durch das mit einer vollen Batterie vorgenommene Schießversuchen vervollständigt wird.

Das sind vorläufig zwölf Batterien. Das übrige soll der neue Reichstage bewilligen trotz Simmentaler Depesche und Jesuitengefäß. Das Zentrum thut es.

Recht humoristisch gestaltete sich eine Reichstagswählerversammlung in Wackensee (Hannov. Wahlkreis; Einbeck-Bezirk). Die Versammlung war um 7 Uhr angefangen, aber außer Vater und Tochter des Eigentümers war bis halb acht Uhr noch niemand erschienen. Als jedoch der Einrufer einen Blick nach der in der Nähe des Anwesens vorüberführenden Chaussee warf, hörte sich sein Gesicht auf. Der Eingang zu dem Grundstück war blockiert von zwei Gendarmen und dem Bauernmeister und hinter ihnen, etliche zwanzig Schritte entfernt, standen die männlichen Einwohner des Dorfes Kopf an Kopf. Niemand wagte die Blockade zu brechen. Die Zeit verging, das Blockadegeschwader wich nicht von seinem Posten. Zwei beherrschte Arbeiter hatten sich inzwischen seitlich vorbeigewagt, ohne beschossen worden zu sein, doch das Beispiel wirkte nicht auf die anderen. Vier wahrfähige Zuhörer! „Nun, beginnen wir“. Der Einrufer ist höflich genug, dem Gendarm mitzuteilen, daß die Versammlung jetzt beginnen werde und daß das feindliche Blockadegeschwader im Hofen gute Ankerplätze finden würde. Lächelnd erwiderte man ihm: „Sagen Sie nur an, wir bleiben hier.“ Und man fing an. Genosse Hoffman, Berlin, unser Kandidat, hat eine fröhliche Stimme und rebete zum Entsetzen der Gendarmen über ihre Köpfe hinweg zu der Wählerversammlung auf der Chaussee. Da brach die Jugend den Wahn, sie fürchte in das Anwesen, die älteren kamen hinterdrein, alle Räume füllten sich und Gendarmen und Bauernmeister hatten ihr Spiel verspielt; sie mußten folgen. Und sie bekamen jetzt etwas zu hören, was sie noch nicht gehört hatten. Es war eine äußerst wirksame Versammlung und trotzdem auch alle Ortsgroßen erschienen waren und ihnen angeboten wurde, jetzt einmal Auge in Auge mit einem Sozialdemokraten die alten Märchen vorzutragen, durch die sie bisher die Arbeiter und kleinen Besizer geschreckt hatten, wagte keiner zu mucken. Die Klasse der Zuhörer jubelte dem Redner begeistert zu.

Majestätsbeleidigungen und konservative Rechtslehre. Die Paragraphen des deutschen Reichsstrafgesetzbuches über die Majestätsbeleidigungen sind eines der beschämendsten Kennzeichen für die politische Rückständigkeit Deutschlands. In jedem anderen Lande, selbst in Spanien sind derartige Bestimmungen unbekannt, wie man ja wohl auch im Auslande den Deutschen bezeichnet als den „Mann aus dem Lande der Majestätsbeleidigungsparagraphen“. Gegen diesen Zustand, der die gesamte Nation in den Augen des Auslandes tief herabsetzt und erniedrigt, hat bisher nur die Sozialdemokratie protestiert. Sie stellte einen Antrag auf Beseitigung des Paragraphen, der natürlich von den „nationalen“ Parteien verworfen wurde. Unmäßig regt sich jedoch auch in den dunkelsten Köpfen das Licht. So betonte ein bekannter konservativer Rechtslehrer, Professor Dr. Kehl von der Berliner Universität, auf dem evangelisch-sozialen Kongress die Reformbedürftigkeit dieses heute selbst für den Bestand der Monarchie verhängnisvollen Paragraphen. Er führt unter lebhaftem Beifall aus:

Der Majestätsbeleidigungsparagraphen müsse geändert werden. Die Würde der Krone werde durch nichts mehr verletzt, als durch gehäufte oder erfolglose Majestätsbeleidigungsprozesse. Um die Strafen mehr dem vollständigen Empfinden anzupassen, sei die Beschränkung der Verpflichtung der Staatsanwälte, in jedem Falle einzuschreiten, zu fordern. Es genüge die Beschränkung auf solche Fälle, wo ein wirkliches öffentliches Interesse vorliege, und empfehle sich eine Vorprüfung der Strafanträge durch eine ministerielle Zentralinstanz, wie in Italien, Norwegen u. Die Strafbarkeit der Majestätsbeleidigung sei zu beschränken auf solche Fälle, welche mindestens insoweit der Öffentlichkeit angehören, daß der Nachweis der Verurteilung gesichert ist, daß nicht das abscheuliche Denunziantentum sein Unwesen zu treiben kann, wie bisher.

Die gründlichste „Reform“ dieses traurigen Kapitels wäre freilich die völlige Beseitigung des anstößigen Paragraphen. Aber man darf den bürgerlichen Politikan nicht zu viel zutrauen.

Versammlungsverbot zu Gunsten der Kriegervereiner. Nicht nur auf unerbittliche Weise, sogar auf hartnäckige Kriegervereiner nimmt man im Wahlkreise in auffällender Weise Rücksicht. In Biederitz (Wahlkreis Jerichow) erhielt, nachdem er bereits die Beseitigung einer Versammlung in Händen, Genosse W. folgendes Schreiben des Amtsvorstehers von Hertzberg:

Die Ihnen zu der am 11. Juni d. J. Vorm. 11 Uhr, auf dem Gehöfte des Herrn Friedrich Römer in Biederitz angelegten öffentlichen Wählerversammlung vom hiesigen Amte erteilte polizeiliche Erlaubnis wird hiermit zurückgezogen, da diese Versammlung im Hinblick darauf, daß an demselben Tage das Kreis-Kriegerverbandsfest in Biederitz abgehalten wird, nach § 9 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 nicht stattfinden kann.

Der Amtsvorsteher, W. Heinrich.

Eine jamose Entdeckung! Wenn irgendwo ein patriotischer Student einen Kessel veranpaßt, verbietet man den Sozialdemokraten die Versammlungen.

Es eine Landwirtschaft bringt viel Geld, wenn man's versteht. Hier es in einem kürzlich veröffentlichten Brief eines ostpreussischen Großgrundbesizers. Dieses Wort habe ich keine Befähigung in Folgendem: Im Regierungsgebäude zu Hildesheim fand am 10. d. M. die Verhandlung des im Kreise Göttinger bezogenen Domänenverkaufs Schlagen statt. Das Wortwert ist 493,8 Hektar groß, der Grundrentenwert ist auf 1851825 Mark festgesetzt. Das bisherige Pachterlohn beträgt 31708 Mk. Der bisherige Pächter von Hannover in Linden gab mit 48600 Mk. das höchste Gebot ab. Wühler übersteigt der neue Pachterlohn des alten jährlich um 16892 Mk., d. h. um rund 50 Proz. Da der Pachter genau weiß, was aus dem Wortwert herauszuwachsen kann, liegt in dieser Erigerung auch ein Beitrag zur „Kath der Landwirtschaft“.

Wilhelm II. hat eine glänzende Weiterentwicklung gewonnen. Es hat die Raubergelände Döberitz

melbet „Wolffs Bureau“ vom Sonnabend: Etwa um 8 1/2 Uhr begann eine größere Gefechtsübung. Der Kaiser führte die Garde-Kavallerie-Division und ging gegen einen von Osten her anrückenden Feind vor, welchen das Regiment Alexander, die Fürstenwalder Ulanen und einige Batterien Artillerie markierten. Die rettenden Batterien des Kaisers avancierten zunächst, und eröffneten alsbald das Feuer; die Kavallerie-Regimenter zogen sich im weiten Bogen nach Süden zu durch das bewaldete und hügelige Gelände des Platzes, um erst etwa um 10 Uhr in nördlicher Richtung hervorzuwachen. Der Feind war seinerseits von der Ostseite des Platzes her vorgegangen und hatte dann auf dem Hasenheide-Berg Stellung genommen, mit der Front gegen Süden. Unter lebhaftester Artilleriefeuer von beiden Seiten und unter dem taktmäßigen Einwirken der Maschinengewehre unternahm hier der Kaiser mit seiner Division eine große Attacke, der sich die markierenden Schwadronen der Fürstenwalder Ulanen vergeblich entgegenwarfen. — Bekanntlich stehen dem neuen Reichstage gewaltige Mehrforderungen für Kavallerie bevor.

Merkwürdige Zustände im Remontedepot zu Gardebeck. Unter dieser Ueberschrift enthält der „Nordische Kurier“ vom 13. Juni eine Zuschrift aus Brockstedt, in der die Tätigkeit des bisherigen Administrators, Oberamtmanns Klein, in der herbstlichen Weise kritisiert wird. Insbesondere wird ihm rohe Behandlung der Arbeiter, die wiederholt zu Exzessen geführt habe, Schädigung derselben in ihren Lohnbezügen, Rücksichtslosigkeit gegen Säule und Lehrer auf Traktier Art und ungeschickliches Ansehen von Sonntagarbeit vorgeworfen. — Wir glauben, Aufklärung der Angelegenheit abwarten zu sollen.

Kleine politische Nachrichten. Der erste Bundestag der Fleischbeschauer Deutschlands nahm eine Petition an den Reichskanzler an, worin die Verleihung der Beamtenqualifikation an Fleischbeschauer gefordert wird. — Aus dem Bund der Landwirthe ausgeschlossen ist nach den „Berl. Neuzeit Nachr.“ der badische Landtagsabgeordnete Müller, weil er die ihm von seinen national-liberalen Parteifreunden angebotene Kandidatur im 3. badischen Reichstagswahlkreise gegen den Bundeskandidaten Lude angenommen hat. — Die französische Kammer nahm das Gesetz betr. die staatliche Hilfeleistung für Greise, Sieche und unheilbare Kranke mit 502 gegen 3 Stimmen an. — In Lodz fand Sonntag eine Demonstration jüdischer Arbeiter statt.

Finland.

Die Gewalt Herrschaft. Das Aufgebot der Wehrpflichtigen in Finland, wie Stockholm „Sozialdemokraten“ von dort berichtet wird, in diesem Jahre etwas besser ausgefallen, als im vorigen, indem 70-80 Proz. zur Musterung erschienen. Die Zwangsmassregeln des Generalgouverneurs zur Durchführung der verfassungswidrigen Wehrpflichtordnung haben also doch wohl Erfolg gehabt. Uebrigens wird jetzt ganz im Geiste der russischen Regierung überall pioniert, Leute werden unter Polizei Aufsicht gestellt, ins Gefängnis geworfen ohne vorhergehende Untersuchung, Ausweisungen, Verabschiedung von Beamten, Haussuchungen und Emissionen aller Art sind an der Tagesordnung. Unser Parteigenosse Tainio wurde vor wenigen Wochen ohne vorherige Untersuchung und ohne Urteil ins Bezirksgefängnis von Abo gebracht und dort acht Tage festgehalten. Er wurde dann wieder freigelassen, erhält aber trotzdem oft Polizeibewache. Mehrere andere Parteigenossen wurden unter Polizei Aufsicht gestellt, manche wurden veranlaßt auszuwandern. Dazu sah sich auch der Redakteur des schwedisch-finnländischen Parteiorgans „Arbetet“ in Helsingfors, G. Rosenquist, genötigt, der sich zur Zeit in Stockholm aufhält. Die Zensur der Druckschriften wird mit großer Strenge gehandhabt. Sie erstreckt sich auf die Buchhandlungen, die Buchhändler, Bibliotheken, Poststationen und Druckereien.

Oesterreich-Ungarn.

Nicht mit einem Dolche, sondern nur mit einem Stöcke hat der gestreckte Reich Freitag in Wien den Kaiser von Oesterreich bedroht. Diese Feststellung hätte wohl sofort erfolgen können. Jedenfalls war das Leben des österreichischen Kaisers in keiner Weise gefährdet. Der „Attentäter“ traf mit seinem Stöcke nur das Spritzleder des Hinterrades des kaiserlichen Wagens. Der arme Geisteskranke wurde nach Freitag einer Strafanstalt überwiesen.

Ein Hauptmann von seinen Soldaten erschossen. Wie aus Marburg in Steiermark berichtet wird, wurde der Hauptmann Kanz vom 47. Infanterie-Regiment, der mit seiner Kompagnie gegen die anführerischen Bauern zu operieren hatte, während er „Feuer“ kommandierte, von rückwärts von seinen eigenen Leuten erschossen. Man glaubt, daß es sich um einen Mordakt eines Soldaten handelt, da der Hauptmann Kanz ein sehr strenger Offizier war.

Frankreich.

Vom Antarkampflage. Die Regierung hat den Pfarrer der Pariser Kirchen untersagt, die alljährlich am Sonntag nach Fronleichnam stattfindende Prozession außerhalb der Kirchen abzuhalten. Begründet wird dieses Verbot mit dem Geheze von 1901, wonach in allen Städten, in denen sich Gotteshäuser Andergläubiger befinden, religiöse Zeremonien außerhalb der Gotteshäuser nicht abgehalten werden dürfen. Dem eigentlichen Anlaß zu dieser Maßnahme bot jedoch die Befürchtung, daß die Prozessionen dieses mal feindselige Kundgebungen seitens der Antiklerikalen hervorgerufen könnten.

Zu blutigen Zusammenstößen zwischen Klerikalen und Antiklerikalen ist es Sonntag bei der Fronleichnamprozession an verschiedenen Orten gekommen. Besonders arg waren die Unruhen in Nantes, wo der 71jährige Redakteur des sozialistischen Blattes Namens Gasalle von den Nationalisten so durch Stochie be gegnert wurde, daß er tot auf dem Pfluge blieb. Ferner erlitt der Präsident des Freidenkervereins, Lejeune, infolge von Stochieben einen Schädelbruch. Sehr viele andere Personen wurden mehr oder minder schwer verletzt. 7 bis 8000 Nationalisten begaben sich, nachdem sie die Antiklerikalen vertrieben hatten, zur Präfectur, um den Präfecten zu zwingen, daß er das Verbot der öffentlichen Abhaltung der Fronleichnamprozession zurückziehe. Sie zogen an der Präfectur das Gitter nieder und versuchten in

das Gebäude einzudringen. Gendarmen und Dragoner trieben aber die fanatischen Klerikalen auseinander, die aus Pfastersteinen und Balken bereits eine Art Barrikade errichtet hatten; zahlreiche Ruhestörer wurden in Haft genommen. Ein Rittmeister der Gendarmen wurde durch Stochiebe im Gesicht schwer verletzt. Es heißt, der Rittmeister wolle sein Amt niederlegen, um gegen die Maßregeln des Präfecten zu protestieren. — Auch in Dürenkirchen und Moutvilliers bei Havre kam es zu Zusammenstößen zwischen Nationalisten und Antiklerikalen; hierbei wurden auf beiden Seiten zahlreiche Personen verwundet. In Paris selbst verlief der Tag ruhig.

Bulgarien.

Sozialisten und Mazedonier. Sonntag kam es in Sojia abermals zwischen Sozialisten und Mazedonern zu blutigen Zusammenstößen. Erstere versuchten, wie der „Befr. Ztg.“ gebracht wird, die Scharte vom vorigen Sonntag auszuweichen und beriefen zwei Versammlungen ein mit der Tagesordnung „Rischinew“. Die erste Versammlung, in der der radikale Sozialist Kirilow sprechen sollte, wurde gleich anfangs unzulässig gemacht und fand nicht statt. Die zweite, von dem opportunistischen Abgeordneten Sakasom einberufene Versammlung sollte gegen Eintrittegeld im Zirkus „Bulgaria“ stattfinden. Die Sozialisten besetzten frühzeitig das Versammlungslokal und stellten sich den eindringenden Nationalisten entgegen. Letztere blockierten das Zirkusgebäude und bombardierten es mit Steinen. Die Sozialisten antworteten durch Revolverfeuer. Vor dem Zirkus entspann sich ein erbitterter Kampf. Die herbeigeeilte Polizei sprengte die Kämpfenden auseinander. Zwei Personen wurden schwer, sechs leicht verwundet. Vereinzelt Zusammenstöße zwischen Sozialisten und Mazedonern wiederholten sich bis um fünf Uhr. Der Versuch der Letzteren, die Vereinsstapel vom Sozialistenklub zu entfernen, wurde durch die Polizei verhindert. In den Straßen verkehrten verstärkte Gendarmenpatrouillen.

Türkei.

Soldatenezesse. Aus Konstantinopel wird berichtet: Nachdem vor einigen Tagen eine Anzahl Militärschüler sich wegen unmenschlicher Behandlung gegen ihren Lehrer aufgelehnt hatten, ist es Freitag zu Exzessen unter der Garnison von Yildiz gekommen. Die Mannschaft eines Albanesischen Regiments überfiel Gardebolaten mit blanker Waffe. Kame-raden eilten von beiden Seiten herbei, so daß es zu einer regelrechten Schlacht kam. Es gab mehrere Tote und viele Verwundete.

Afrika.

Beginn einer neuen antibrischen Burenbewegung. Expräsident Krüger, der gegenwärtig in Hilbersum weilt, erklärte, wie dem „Standard“ aus Brüssel gemeldet wird, die Burenversammlungen, die Botja für den 20. Juni nach Heidelberg (Südafrika) einberufen habe, müßten als Beginn einer neuen Burenbewegung in Südafrika betrachtet werden. Die Buren seien im Begriff, eine nationalistische Partei zu bilden, die gegen die britische Regierung gerichtet sei.

Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 16. Juni 1903.

Das Wahlergebnis wird am heutigen Abend im „Vereinshaus“ verkündet werden. Ferner werden daselbst die von auswärtigen Wählergebnisse mitgeteilt. — Für unsere Leser geben wir, nachdem das Wahlergebnis vorliegt, noch am heutigen Abend eine Extra-Ausgabe heraus.

E. Die letzte Heerschau über unsere Wähler fand am Montag Abend im großen Saale des Vereinshauses statt. Wohl ca. 3000 Personen hatten sich eingefunden, um den Ausführungen des Genossen Arbeitersekretär Lejchmann, der an Stelle des plötzlich erkrankten Genossen Stolten-Hamburg erschienen war, zu folgen. Der Redner besprach eingehend noch einmal die brennenden Tagesfragen; besonders seien der Militarismus und Marinismus vor allen Dingen im Auge zu behalten, da durch das Bestehen derselben und der stetigen wachmüßigen Vermehrung dem Volke ungeheure Lasten auferlegt würden. Die Sozialdemokratie habe stets mit aller Energie und Schärfe das System bekämpft; war aber in den meisten Fällen machtlos gegenüber der militärfreundlichen Stellung der bürgerlichen Parteien. Darum sei es Pflicht eines jeden Wählers, der diesen an des Volkes Mark freissenden Militarismus bekämpfen wolle, seine Stimme für den Kandidaten der Sozialdemokratie abzugeben. Auch die indirekten Steuern, die nur zum Füttern des Moloch Militarismus nötig seien, trafen besonders nur die breite Masse des Volkes; von jeder hätten die Vertreter der besitzenden Klassen im Reichstage dieser Politik der Regierung mit Jubel zugestimmt, da auch in den meisten Fällen ihr eigener Vorteil mit in Frage gekommen sei. Redner besprach dann ausführlich die Kämpfe um den Zolltarif und wies insbesondere den Vorwurf, daß die Sozialdemokratie durch ihre Obstruktion den Brodwuchern zum Siege verholfen hätte, entschieden zurück. Das Volk hätte über den Zolltarif entscheiden müssen. Hätte man diesen zur Wahlparole gemacht, dann wäre die Volkstimme zum Wort gekommen. Man müsse es auch den Wählern vor Augen führen, daß die ganze Zollwuchermehrheit, die bei den Zollkämpfen so stritte auf dem Boden war, bei sozialpolitischen Fragen die Sitzungen schwänzte. Wenn wir die Thätigkeit des Reichstages betrachteten, so könnten wir sagen, daß hier vieles faul sei. Die Sozialdemokratie habe mit der Mehrheit schwere Kämpfe auszufechten gehabt, und so würde es auch im nächsten Reichstag werden. Da auch vor allen anderen Dingen insbesondere das Reichstagswahlrecht gefährdet sei, so müsse auch keiner von diesen Ordnungshelnden gewällt werden, sondern alle Mann müßten einmütig am 16. Juni dem Kandidaten der Arbeiterpartei, dem Genossen Th. Schwarz ihre Stimme geben. (Stürmischer Beifall.) — In der Diskussion sprach zunächst der Genosse Th. Meyer-Hamburg. Derselbe kritisierte mit treffenden Worten die letzten Flugblätter der einzelnen Parteien, die sich hier in Lübeck um das Mandat bemühen und ersuchte die Anwesenden, mit allen Kräften für die Kandidatur Schwarz einzutreten. (Stürmischer Beifall.) Genosse Stelling beschäftigte sich mit der Kampfweise der Nationalsozialisten, die im letzten Augenblick ein von Lüge und Verleumdung gegen die Sozialdemokratie frohendes kleines Flugblatt herausgegeben und an die sozialdemokratischen Versammlungsteilnehmer an den Straßenecken vertheilen ließen. Nach einer kurzen aber sehr treffenden

Kritik der Kampfmittel des nationalliberalen Organs, schloß Hedner mit der Mahnung, am Wahltag auf dem Posten zu sein, damit unser der Sieg würde. (Stürm. Beifall.) Nach einem kurzen, kräftigen Schlusswort des Genossen Leiche forderte der Vorsitzende der Versammlung, Genosse Pape, die Anwesenden auf, am Wahltag Abends nach Verkundigung des Wahlergebnisses ruhig nach Hause zu gehen, um den Behörden keine Gelegenheit zum Einschreiten zu geben. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie erfolgte der Schluss der unpopulären Versammlung gegen 12 Uhr. Bolle Begeisterung verließen unsere Mitkämpfer und Anhänger das Lokal, im Herzen schon die Siegeszuversicht tragend.

Zur Beachtung für Bürgerrechtswähler! Die Wahlhandlung beginnt um 10 Uhr vormittags und wird um 6 Uhr nachmittags geschlossen. Der Zutritt steht denjenigen frei, welche in dem betreffenden Bezirke wahlberechtigt sind. Zur Stimmenabgabe sind nur diejenigen zuzulassen, welche in die Wählerlisten aufgenommen sind. Dieselben haben erforderlichen Falles ihre Identität nachzuweisen. Das Wahlrecht wird in Person durch verdeckte, in eine Wahlurne niederzulegende Stimmzettel ohne Unterschrift ausgeübt. Die Stimmzettel müssen von weißem Papier und dürfen mit keinem äußeren Kennzeichen versehen sein. Stimmzettel, bei welchen hiegegen verstoßen ist, sind zurückzuweisen. Die Stimmzettel sind außerhalb des Wahllokales mit dem Namen desjenigen, dem der Wähler seine Stimme geben will, zu versehen. Der Wähler übergibt, sobald sein Name in der Wählerliste aufgefunden ist, seinen Stimmzettel zusammengefaltet an den Vorsitzenden des Wahlvorstandes oder dessen Stellvertreter, welcher denselben unersöffnet auf der Rückseite mit einem Stempel versieht und in die Wahlurne legt. Die Ermittlung des Wahlergebnisses erfolgt öffentlich.

Als Kandidaten für die Mittwoch, den 17. Juni, im Hause der Schiffergesellschaft stattfindende Bürgerrechtswahl für den zweiten Wahlbezirk (Marien-Magdalenen-Quartier und nordöstlicher Theil der Vorstadt St. Lorenz) sind aufgestellt: Von der sozialdemokratischen Partei:

- Schwartz, J. C. Th., Geschäftsführer.
- Partels, Th., Obermüller.
- Pape, B., Geschäftsführer.
- Reppenhausen, J., Kassenbeamter.

Für den Vaterländischen Verein kandidiren: H. Lange, W. Wengenroth, B. Peters und Schiffsführer J. W. Paffen.

Die hiesigen des schlechten Geschäftsganges hat eine größere Zahl Arbeiter geschaffen, so daß der Verband bei einem Durchschnittsmitgliederbestand von 33 369 für 734 318 Tage Ortsunterstützung und für 296 044 Tage Reisunterstützung zu zahlen hatte. Dazu kommen 400 143 Krankentage. Insgesamt ergibt sich, daß für 8 1/2 Proz. der Mitglieder Arbeitsgelegenheit fehlte, während 3 1/2 Proz. das ganze Jahr hindurch krank waren. Auf die Gesamtzahl berechnet kamen auf jedes Mitglied 31 Tage Arbeitslosigkeit und 12 Tage Krankheit. Als wesentliche Veranlassung der Arbeitslosigkeit glaubt der Verband die in schnellem Tempo erfolgende Einführung der Sechsmaschinen ansehen zu können. Waren nach einer im März 1901 vom Tarifamt aufgenommenen Statistik 389 Maschinen mit 525 Sechern zu verzeichnen, so erhöhte sich die Zahl im September 1901 auf 560 Maschinen mit 816 Sechern, wodurch 641 Buchdrucker ihre Kondition verloren. Nach neuerlichen Ermittlungen ist bereits das erste Laufend um ein Geringses überschritten, wodurch die Zahl der entlassenen Buchdrucker eine wesentliche Steigerung erfahren hat und zwar um so mehr, als überall die Doppelschicht Platz greift. Als wesentliche neue Einrichtungen des Tarifausschusses sind die Kreisämter und die paritätischen Arbeitsnachweise zu verzeichnen. Die Zahl der Schiedsgerichte ist auf 36 gestiegen. In Bezug auf das Verhältnis zu den ausländischen Verbänden sah sich der Vorstand zur Kündigung sämtlicher Gegenseitigkeitsverträge veranlaßt. Die Mitgliederzahl betrug Ende Jahres 34 588. Die Einnahmen und Ausgaben balancirten mit 5 038 460,58 Mk. Der Vermögensbestand betrug immer 11 Mk. An Unterstützungen wurden gezahlt: Glaube!

„Vor der Schlacht“ betitelt sich ein Flugblatt, welches gestern Abend mit gewohnter Bittlichkeit von unseren Genossen in der Stadt und den Vorstädten vertheilt worden ist.

Ein freisinniges Flugblatt hat noch in letzter Stunde das Licht der Welt erblickt; es wendet sich gegen alle übrigen Parteien, jagt aber nichts Neues. Das wird Herrn Pape aber auch nicht vor dem Durchfall bewahren.

Arbeitererfolge. In der Tischfabrik des Herrn Bahrdt, Dankwartstraße, hobelte sich der dort beschäftigte Heizer L. Thamm in das erste Glied des Zeigefingers der rechten Hand ab.

Ein Unglücksfall, der leicht schlimmere Folgen hätte nach sich ziehen können, ereignete sich gestern Mittag auf dem Güterbahnhof. Dort sollte der große Hebefrahn einer Belastungsprobe unterzogen werden. Hierbei brach plötzlich das Untergestell des Krahnens und Letzterer stürzte mit seiner Last, einer Anzahl Eisenbahnkriechen, nach vorn herüber. Einer der Arbeiter trug leider eine nicht unerhebliche Beinverletzung, die seine Ueberführung in das Krankenhaus erforderlich machte, davon. Wäre der Krahn nach der Krahnenseite, anstatt nach der Landseite, hin gestürzt, dann hätte das Unglück leicht große Dimensionen annehmen können.

Bei der Durchfahrt durch die Hafendrehbrücke haben Dampfer von mehr als 8 Meter Breite sich eines Schlepddampfers zu bedienen. Dampfer von mehr als 9,5 Meter Breite haben bei der Durchfahrt durch die Hafendrehbrücke zwei Schlepddampfer anzunehmen, von denen der eine den Dampfer vorn, der andere hinten im Kurs hält. Dampfern von mehr als 11 Meter Breite ist die Durchfahrt durch die Drehbrücke nicht gestattet. Der zulässige größte Tiefgang bei der Durchfahrt durch die Drehbrücke beträgt 5,50 Meter bei einem mittleren Wasserstande von — 5,35 Meter am Pegel bei der Strudföhre; bei niedrigerem Wasserstande ist der zulässige Tiefgang entsprechend kleiner.

Zugung von Arbeitern nach der Tremserschen Wahl in Schwartau ist streng fernzuhalten, da sich die dortigen Arbeiter im Streit befinden. Hoch die Solidarität!

Berein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde. Am Sonntag den 21. Juni unternimmt der Verein auf vielfachen Wunsch eine Tour nach dem herrlichen, an Naturschönheiten reichen Bloen. Der Fahrtartenverkauf bei

den Vereinsboten und Herrn Weilandt ist bis zum Freitag verlängert worden. Die Abfahrt erfolgt Mittags mit dem 12,25 Uhr-Zuge, sodas für den Nachmittags ausbreichend Stunden zur Verfügung stehen zur Besichtigung des Schlossparkes usw.

Wegen vorzunehmender Zielbauten wird die Sadovastraße von der Klappenstraße bis zur Wickestraße vom 17. ds. Mts. bis zur Fertigstellung gesperrt.

Einem glänzenden Verlauf nahm das Sonntag im „Vereinshaus“ abgehaltene neunte Stiftungsfest des Arbeiter-Radfahrer-Bundes. Die Aufführungen fanden den ungetheilten Beifall der zahlreich Erschienenen.

Parteilosen!

Agitirt für die Bürgerrechtswahlen!

Kleine politische Nachrichten. Festgenommen wurde ein früherer Maurergeselle von hier, der sich an einem auf der Durchreise nach Gütin begriffenen Dienstmädchen des Nothausgerichts schuldig machte. — Ferner wurde ein 31. stellungs- und wohnungsloser Kellner festgenommen, der einem hier zugewandten Brauer, nachdem derselbe angeunken war, ein Portemonnaie mit 10 Mark aus der Tasche stahl.

Schlusssatz. Eine Versammlung unter freiem Himmel fand gestern Abend hier statt. Trotz des strömenden Regens war dieselbe sehr gut besucht. Genosse Schwarz referirte unter starkem Beifall der Anwesenden.

Travemünde. Eine sehr gut besuchte Wählerversammlung fand Montag Abend in G. Käblers Gasthof statt. Das Referat hatte Genosse Wissell übernommen, der es sich noch einmal angelegen sein ließ, die Erschienenen auf die große Bedeutung der Wahl hinzuweisen. Die Stimmung war sehr begeistert, so daß ein gutes Resultat von hier zu erwarten steht. Gegner, obwohl anwesend, meldeten sich nicht zum Wort.

Kleine Chronik der Nachbargemeinde. Nach Unterschlagung von Postgeldern erschloß sich an Bord der „Nymphe“ in Kiel ein als Ordnungskommandant einjähriger Matrose. — Im Sautower See in Grevesmühlen extrakt bei der Ueberfahrt der in mittleren Jahren stehende Sohn des Büdnere Gsmann. — Die in der Stadt Bremen tagende Hanseatische Anwaltskammer lehnte den Reichsgesetzentwurf betreffend die Errichtung einer Ruhegehalts-, Wittwen- und Waisenkasse für Deutschlands Rechtsanwälte ab.

Hamburg. Genosse Nebel sprach hier selbst am Sonntag Morgen in seinem Wahlkreise in zwei Lokalen vor überfüllten Versammlungen. In einer Versammlung trat ihm der Reichstagskandidat Dr. Koch entgegen.

Hamburg. Ein Steuerprozess von prinzipieller Bedeutung schwebt nach der „Frankfurter Ztg.“ zwischen dem Hamburger Steuerfiskus und einer hiesigen Aktiengesellschaft. Die hamburgische Steuergegesetzgebung hat eine Doppelbesteuerung der Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. geschaffen, wonach nicht nur der Reingewinn der Gesellschaften, sondern auch das Einkommen der Mitglieder dieser Gesellschaften aus dem Reingewinn versteuert werden muß. Die hiesige Aktiengesellschaft hat nun außer ihren Aktien Genußscheine ausgegeben, die das Anrecht auf einen Gewinn in gleicher Höhe wie die Dividende geben. Diesen Betrag zog die Gesellschaft von dem zu versteuernden Reingewinn ab. Die Gesellschaft glaubte sich hierzu berechtigt, weil die Genußscheine als Bezugsurkunde für Aktien gegeben sind, und sah die Auszahlung auf sie als Zahlung von Schuldzinsen an, deren Abzug vom Reingewinn gestattet ist. Der Fiskus ist nun der Meinung, die Gewinnvertheilung auf diese Genußscheine trage den Charakter einer Dividende, die zu versteuern sei. Es handelt sich dabei um ganz erhebliche Summen. Der Prozess wird wahrscheinlich den Anlaß geben, daß der Steuerfiskus der Durchführung des Gesetzes wegen der Doppelbesteuerung erhöhte Aufmerksamkeiten schenken wird. — Schullinder als Wahlboten. An die Schüler der oberen Klassen einer hiesigen Volksschule wurde von einem feingekleideten Herrn folgender Zettel ausgegeben:

Was soll ich am Wahltag thun?
Um 5 Uhr nachmittags am Dienstag, den 16. Juni 1903, soll ich am Speersort Nr. 11 bei den „Hamburger Nachrichten“ sein. Dort erhalte ich

- 1) eine Legitimationskarte,
 - 2) einen Schein, auf dem ein Wahllokal notirt steht.
- Nach diesem Wahllokal soll ich hingehen. Ich muß gegen 7 Uhr dort eintreffen. Dann soll ich den Zettel an den Herrn Wahlvorsteher abgeben und die Karte vorzeigen. Ich muß dann in dem Lokal warten, bis die Stimmen gezählt sind. Dann muß ich mir den Zettel ausgefüllt wieder ausbitten, die nächste elektrische Bahn benutzen und schleunigst nach dem Speersort 11 fahren. Wenn ich den Zettel dort abgegeben habe, erhalte ich den Lohn ausbezahlt.

Die „Hamburger Nachrichten“ wollen also die billige Kinderarbeit für den Informationsdienst verwenden! Wirklich ein hübsches Gegenstück zu der Verbreitung freisinniger Flugblätter durch kleine Mädchen und Knaben.

Altona. Ein nettes Bild von einer Arbeiterwohnung entrollte eine Verhandlung vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts. In dem Dorfe Stellau hatte der Arbeiter G. mit Frau und mehreren kleinen Kindern eine Kathle gemietet, die kein „geschlossenes Ganze“ bildete, sondern deren Wände, Fenster und Thüren in sehr losem Zusammenhang standen, sodas der Wind kräftig in das baufällige Häuschen blasen konnte, an dem sich immerhin noch die letzten Spuren eines Daches nachweisen ließen. Der Eigentümer der Kathle verweigerte jede Reparatur, und so viel Löcher auch die Bewohner der Hütte mit Stroh verstopften, es thaten sich daneben immer wieder neue auf. Ein kleiner Wirbelwind wurde am 31. Januar d. J. in der Kathle entfesselt, als der Sturm von allen Seiten schief um und durch das „Haus“ blies. Die Frau löschte deshalb ein auf dem Herd brennendes Feuer aus. Als sich der Wind etwas gelegt hatte und die Zeit zur Bereitung des Essens drängte, machte sie wieder Feuer an und begab sich in den Nebenraum, wo sie für die kleinen Kinder zu sorgen hatte. Inzwischen hatte ein durch die Löcher des angenehmen Wohnhauses ziehender Wirbelsturm das Feuer ausmündertreiben und die Kathle angezündet, die vollständig niederbrannte. Die Folge war, daß die Frau wegen fahrlässiger Brandstiftung angeklagt wurde. Die Frau erklärte zwar, sie habe sich in einer Nothlage befunden, da es hundekalt gewesen sei und sie doch Essen hätte bekommen müssen, aber der Staatsanwalt beantragte 14 Tage Gefängnis. Das Gericht erkannte auf 100 Mk. ev. zehn Tage Gefängnis. Der Bertheidiger war der Meinung, die Felle mit ihm theilen werden, der Hauptculbig sei der Vermieter.

Sarburg. Kurze Freude. Wie wir vor kurzem berichteten, hat das Kriegsgericht einen Mionier G. vom 9. Bataillon (Sarburg) von der Anklage der Gehorhamsverweigerung und des Angriffs auf einen Vorgesetzten freigesprochen, weil es annahm, daß der Soldat so betrunken war, daß seine freie Willensbestimmung ausgeschlossen gewesen sei. Der darob hoch erfreute G., der von seinen Vorgesetzten als tüchtiger Soldat geschätzt wurde, wurde aus der Haft entlassen. Die Freude war nur von kurzer Dauer, denn der Gerichtsherr legte gegen das Urtheil Berufung ein, mit der sich das Oberkriegsgericht beschaffigte. Der Angeklagte behauptete, wie in der ersten Instanz, daß er thatsächlich nicht gerufen habe, wie er in die Kaserne gekommen sei; der weiteren Vorgänge wisse er sich überhaupt nicht zu erinnern. Die Zeugen bezeugten, daß G. der Aufforderung des Unteroffiziers, sich zu Bett zu begeben, nicht Folge geleistet, vielmehr den Vorgesetzten thätlich angegriffen habe. Der Vertreter der Anklage meint, daß die freie Willensbestimmung ausgeschlossen war. Da es sich um einen schweren Verstoß gegen die Disziplin handle, beantrage er eine Gefängnisstrafe von 3 Jahren. Das Gericht hält den Angeklagten ebenfalls für schuldig, billigt ihm aber mildere Umstände zu und verurtheilt ihn zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis. Die Disziplin ist wieder einmal gerettet.

Güstrow. In der zweiten ordentlichen Schwurgerichtsperiode vom 3. bis 11. Juni wurde an acht Sitzungstagen in 19 Strafsachen verhandelt. Es kamen gegen 19 Angeklagte 23 einzelne Straftaten zur Aburtheilung. An weiblichen Personen sind 2 verurtheilt. Freigesprochen ist eine Person. Der Gesamtbetrag der erkannten Freiheitsstrafen stielte sich auf 37 Jahre; davon entfielen auf Zuchthaus 31 Jahre und auf Gefängnis 6 Jahre. Die höchste erkannte Freiheitsstrafe betrug 15 Jahre Zuchthaus.

Strelitz. Moderne Sklaverei. Ärger noch als in Preußen macht sich in Mecklenburg der Lehramangel immer fühlbarer. Um dieser, selbst den mecklenburgischen Junkern bedenklich erscheinenden Gefahr vorzubeugen, wendet die großherzogliche Regierung von Mecklenburg-Strelitz ein eigenartiges Mittel an; sie läßt nämlich von den in das Lehrseminar zu Mirrow eintretenden Seminaraspiranten folgenden Keuers unterschreiben:

Ich Endeunterzeichneter urkunde und bekenne hiermit, daß ich als Gegenleistung für meine zu Ostern 1903 erwerbende Aufnahme in das großherzogliche Seminar zu Mirrow und für meine Ausbildung in demselben mich verpflichtet habe, nach Beendigung meiner Ausbildung in dieser Anstalt Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog von Mecklenburg-Strelitz wenigstens zehn Jahre hindurch im Schulfache Dienste zu leisten, und deswegen gehalten bin, unweigerlich und so gleich jede Schulstelle oder Hilfslehrerstelle, die mir von der zuständigen landesherrlichen Behörde übertragen wird, anzunehmen und wenigstens zehn Jahre zu verwalten. Die gedachte Behörde ist demgemäß berechtigt, die Uebernahme der mir übertragenen Schulstelle und das Verbleiben in ihr für die gedachte Zeit im Wege der Klage zu erzwingen. Außerdem übernehme ich für den Fall, daß ich, gleichviel aus welchem Grunde, vor Ablauf von zehn Jahren aus dem landesherrlichen Schuldienst aussteige, die Verpflichtung, für jedes im Externat des großherzoglichen Seminars verbrachte Jahr eine Entschädigung für die Kosten meiner Ausbildung und Unterhaltung von vierhundertundfünfzig Mark, für jedes Internatsjahr dagegen eine solche von fünfhundert Mark sofort und in voller Summe baar zu entrichten. Diese Entschädigungspflicht soll auch eintreten, falls ich aus dem Seminar vor der Beendigung meiner Ausbildung in ihm, ohne durch meinen Gesundheitszustand dazu gezwungen zu sein, aus eigenem Willen austrete, oder falls ich durch meine Führung meine unfreiwillige Entfernung aus dem Seminar veranlasse, oder falls aus gleichem Grunde meine unfreiwillige Entlassung aus dem großherzoglichen Schuldienste sich vernehmlich ergäbe.

Von dem betreffenden Vater ist folgender Zusatz zu unterzeichnen: „Der unterzeichnete Vater bzw. Vormund des Seminaristen N. genehmigt dessen vorherige Erklärung und übernimmt zugleich die von demselben eingegangenen Verpflichtungen als Selbstschuldner.“ Durch Unterschrift dieses Keuers begiebt sich der angehende Lehrer für fast die Hälfte Zeit seines späteren Wirkens auf Gnade oder Ungnade in ein Abhängigkeitsverhältnis, das sich nur dem Namen nach von der Sklaverei unterscheidet. Die Bedingungen sind solch ungeheuerliche, daß man es fast für ausgeschlossen halten sollte, daß unter diesen Umständen ein junger Mann dem schweren Berufe eines Volkserzieheres sich widmen werde. Wie schlimm muß es um die Lage und das Ansehen der Lehrer in einem Lande bestellt sein, in dem man zu solchen Mitteln seine Zuflucht nehmen muß, und wie erbärmlich muß es um die politische und wirtschaftliche Lage der arbeitenden Bevölkerung bestellt sein, daß man es wagen kann, den angehenden Lehrern solche Bedingungen zu stellen!

Neustrelitz. Arg in die Haare gerathen sind sich die Ordnungsparteiler in der vom Vorstand des konservativen Bezirkswahlvereins nach dem Schützenhaufe einberufenen Wähler-Versammlung. Nach dem Referat des bisherigen Abgeordneten Raue ergriff der Wächter Buchholz-Friedrichs das Wort, der sich gegen das Flugblatt des liberalen Kandidaten Brunschwig wandte, aus dessen einziger Unterschrift hervorgehe, daß B. sich selber zum Reichstags-Kandidaten proklamirt habe. Dann habe Brunschwig in einer in Friedland abgehaltenen Versammlung erklärt, man möge lieber einen Sozialdemokraten wählen als einen Konservativen. — Rechtsanwalt Brunschwig rufte: „Das ist gelogen!“ — Hedner: „Ich bin bereit, meinen Gewährsmann zu nennen.“ — Rechtsanwalt Brunschwig: „Dann hat er gelogen!“ — Hedner: „Mir hat das Herr Graf Scherwin-Wolfsbagen gesagt.“ — Rechtsanwalt Brunschwig: „Der lügt allerdings nicht, aber er muß sich gerirt haben.“ Rechtsanwalt Brunschwig erklärt sodann, daß er eigentlich eine ganze Reihe von Fragen stellen wollte; er habe aber dem Gedankengange des Herrn Raue nicht folgen können. Herr Raue erwidert hierauf, daß er keinen Werth darauf lege, von Herrn Brunschwig verstanden zu werden; er hoffe zu andern Männern gesprochen, von denen er hoffe, daß sie ihn verstehen würden. Rechtsanwalt Brunschwig fragt sodann Herrn Buchholz, ob sein Nachgut 100 Hektar enthalte, ob nicht auf einen Hektar ja. 20 Zentner Korn gebaut würden, und ob das nicht bei dem 5 Mk.-Zoll 15 000 Mk., und wenn man nur die Hälfte des Landes für Ackerbau rechne, 7500 Mk. für Herrn Buchholz bedeute. Der Gefragte erwiderte, daß das Herr Brunschwig gar nichts angehe. (Aha!) Im weiteren Verlauf kam Rechtsanwalt Brunschwig auf die belagte Aeußerung des Grafen Scherwin zurück, der ja in der Versammlung in Friedland gar nicht anwesend gewesen sei, wohl aber Herr von Dercken-Lübbersdorf. Ueber diesen Herrn machte Rechtsanwalt Brunschwig persönliche Bemerkungen.

geschützen erscheinen. Mit dieser Anzahl dürfte man in der Lage sein, ein endgültiges Bild über die Brauchbarkeit der Hochrücklauf-Geschütze zu erhalten, welches durch das mit einer vollen Batterie vorgenommene Schießen vervollständigt wird.

Das sind vorläufig zwölf Batterien. Das übrige soll der neue Reichstage bewilligen trotz Schweinmünder Depeche und Jesuitengeß. Das Zentrum thut es.

Recht humoristisch gestaltete sich eine Reichstagswählerversammlung in Madensee (11. hannob. Wahlkreis; Einbecker-Ordnung). Die Versammlung war um 7 Uhr angefangen, aber außer Vater und Tochter des Eigentümers war bis halb acht Uhr noch niemand erschienen. Als jedoch der Einberufer einen Blick nach der in der Nähe des Anwesens vorüberführenden Chaussee warf, klärte sich sein Gesicht auf. Der Eingang zu dem Grundstücke war blockiert von zwei Gendarmen und dem Bauermeister und hinter ihnen, etliche zwanzig Schritte entfernt, standen die männlichen Einwohner des Dorfes Kopf an Kopf. Niemand wagte die Hoflade zu brechen. Die Zeit verging, das Blockadegeschwader wich nicht von seinem Posten. Zwei beherzte Arbeiter hatten sich inzwischen seitlich vorbeigezwängt, ohne beschossen worden zu sein, doch das Beispiel wirkte nicht auf die anderen. Vier maßfähige Zuhörer! „Kun, beginnen wir“. Der Einberufer ist höflich genug, dem Gendarm mitzutheilen, daß die Versammlung jetzt beginnen werde und daß das feindliche Blockadegeschwader im Hofen gute Anstalten finden würde. Lächelnd erwiderte man ihm: „Sangen Sie nur an, wir bleiben hier.“ Und man fing an. Genosse Hoffmann-Berlin, unser Kandidat, hat eine kräftige Stimme und rebete zum Entsetzen der Gendarmen über ihre Köpfe hinweg zu der Wählerversammlung auf der Chaussee. Da brach die Jugend den Bann, sie stürmte in das Anwesen, die älteren kamen hinterdrein, alle Räume füllten sich und Gendarmen und Bauermeister hatten ihr Spiel verliert; sie mußten folgen. Und sie bekamen jetzt etwas zu hören, was sie noch nicht gehört hatten. Es war eine äußerst wirksame Versammlung und trotzdem auch alle Detsgrößen erschienen waren und ihnen angeboten wurde, jetzt einmal Auge in Auge mit einem Sozialdemokraten die alten Märchen vorzutragen, durch die sie bisher die Arbeiter und kleinen Besitzer geschreckt hatten, wagte keiner zu mucken. Die Masse der Zuhörer jubelte dem Redner begeistert zu.

Majestätsbeleidigungen und konservative Rechtslehre. Die Paragraphen des deutschen Reichsstrafgesetzbuches über die Majestätsbeleidigungen sind eines der bescheidensten Kennzeichen für die politische Rückständigkeit Deutschlands. In jedem anderen Lande, selbst in Spanien sind derartige Bestimmungen unbekannt, wie man ja wohl auch im Auslande den Deutschen bezeichnet als den „Mann aus dem Lande der Majestätsbeleidigungsparagraphen“. Gegen diesen Zustand, der die gesamte Nation in den Augen des Auslandes tief herabsetzt und entwürdigt, hat bisher nur die Sozialdemokratie protestiert. Sie stellte einen Antrag auf Beseitigung des Paragraphen, der natürlich von den „nationalen“ Parteien verworfen wurde. Allmählich regt sich jedoch auch in den dunkelsten Köpfen das Licht. So betonte ein bekannter konservativer Rechtslehrer, Professor Dr. Kahl von der Berliner Universität, auf dem evangelisch-sozialen Kongress die Reformbedürftigkeit dieses heute selbst für den Bestand der Monarchie verhängnisvollen Paragraphen. Er führt unter lebhaftem Beifall aus:

Der Majestätsbeleidigungsparagraphen müsse geändert werden. Die Würde der Krone werde durch nichts mehr verletzt, als durch gehäufte oder erfolglose Majestätsbeleidigungsprozesse. Um die Bestrafungen mehr dem volkstümlichen Empfinden anzupassen, sei die Beschränkung der Beleidigung der Staatsanwälte, in jedem Falle einzuschreiten, zu fordern. Es genüge die Beschränkung auf solche Fälle, wo ein wirkliches öffentliches Interesse vorliegt, und empfehle sich eine Vorprüfung der Strafankträge durch eine ministerielle Zentralinstanz, wie in Italien, Norwegen u. Die Strafbarkeit der Majestätsbeleidigung sei zu beschränken auf solche Fälle, welche mindestens insoweit der Öffentlichkeit angehören, daß der Nachweis der Beleidigung gesichert ist, daß nicht das abentheuerliche Denunziantenthum sein Unwesen so treiben kann, wie bisher.

Die gründlichste „Reform“ dieses traurigen Kapitels wäre freilich die völlige Beseitigung des arabischen Paragraphen. Aber man darf den bürgerlichen Politikern nicht zu viel zutrauen.

Versammlungsverbot zu Graffen der Kriegervereiner. Nicht nur auf gewisse Konzerte, sogar auf fast-ländliche Kriegervereiner nimmt man im Wehrkreise in auffällender Weise Rücksicht. In Biederitz (Wahlkreis Jerichow) erhielt, nachdem er bereits die Verhinderung einer Versammlung in Händen, Genosse B. folgendes Schreiben des Amtsoberleiters von Herzberg:

Die Ihnen zu der am 14. Juni d. J. Vorm. 11 Uhr, auf dem Gehöfte des Herrn Friedrich Kömer in Biederitz angelegten öffentlichen Wählerversammlung vom hiesigen Amte ertheilte polizeiliche Erlaubnis wird hiermit zurückgezogen, da diese Versammlung im Hinblick darauf, daß an demselben Tage das Kreis-Kriegerverbandesfest in Biederitz abgehalten wird, nach § 9 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 nicht stattfinden kann.

Der Amtsoberleiter, H. Heinrich.

Eine jamose Entdeckung! Wenn irgendwo ein patriotischer Eifer ein Kammel veranfaßt, verbietet man den Sozialdemokraten die Versammlungen.

„Es eine Landwirtschaft bringt viel Geld, wenn man's versteht.“ Hier ist in einem kürzlich veröffentlichten Brief eines ostpreussischen Grundbesitzers. Dieses Wort findet keine Bestätigung in Folgendem: Im Regierungsgebäude zu Hildesheim fand am 10. d. M. die Ausräumung des im Laufe des letzten Monats dem Staatsanwalter Schladen zugegangenen Beschlusses 493,8 Hektar groß, der Grundbesitztrag ist auf 1851825 Mark festgesetzt. Der bisherige Pachtzins betrug 31708 Mk. Der bisherige Pächter von Kaufmann in Linden gab mit 48600 Mk. das höchste Gebot ab. Mitteln übersteigt der neue Pachtzins des alten jährlich um 16892 Mk., d. h. um rund 50 Proz. Da der Pächter genau wußte, was aus dem Beschlusse herauszuwachsen würde, liegt in dieser Steigerung ein Beitrag zur „Reich der Landwirtschaft“.

Kaiserin II. hat eine glänzende Reiterparade gewonnen. Das im Kanzenbergelände Döberitz

melbet „Wolffs Bureau“ vom Sonnabend: Etwa um 8 1/2 Uhr begann eine größere Gefechtsübung. Der Kaiser führte die Garde-Kavallerie-Division und ging gegen einen von Osten her anrückenden Feind vor, welchen das Regiment Alexander, die Fürstenwalder Ulanen und einige Batterien Artillerie markierten. Die reitenden Batterien des Kaisers abanzürten zunächst, und eröffneten alsbald das Feuer; die Kavallerie-Regimenter zogen sich im weiten Bogen nach Süden zu durch das bewaldete und hügelige Gelände des Platzes, um erst etwa um 10 Uhr in nördlicher Richtung hervorzubrechen. Der Feind war seinerseits von der Ostseite des Platzes her vorgegangen und hatte dann auf dem Hasenheide-Berg Stellung genommen, mit der Front gegen Süden. Unter lebhaftem Artilleriefeuer von beiden Seiten und unter dem taktmäßigen Geplänkel der Maschinengewehre unternahm hier der Kaiser mit seiner Division eine große Attacke, der sich die markierenden Schwadronen der Fürstenwalder Ulanen vergeblich entgegenwarfen. — Bekanntlich stehen dem neuen Reichstage gewaltige Mehrforderungen für Kavallerie bevor.

Merkwürdige Zustände im Remontedepot zu Gardebeck. Unter dieser Ueberschrift enthält der „Nordische Kurier“ vom 13. Juni eine Zeitschrift aus Brodstedt, in der die Thätigkeit des bisherigen Administrators, Oberamtmanns Klein, in der herbsten Weise kritisiert wird. Insbesondere wird ihm rohe Behandlung der Arbeiter, die wiederholt zu Exzessen geführt habe, Schädigung derselben in ihren Lohnbezügen, Rücksichtslosigkeiten gegen Säule und Lehler auf Traktoren Art und ungesetzliches Ansehen von Sonntagsarbeit vorgeworfen. — Wir glauben, Aufklärung der Angelegenheit abwarten zu sollen.

Kleine politische Nachrichten. Der erste Bundestag der Reichsbeschauer Deutschlands nahm eine Petition an den Reichskanzler an, worin die Verleihung der Beamtenqualifikation an Fleischbeschauer gefordert wird. — Aus dem Bund der Landwirthe ausgeschlossen ist nach dem „Berl. Neuest. Nachr.“ der badische Landtagsabgeordnete Müller, weil er die ihm von seinen national-liberalen Parteifreunden angebotene Kandidatur im 3. badischen Reichstagswahlkreis gegen den Bundeskandidaten Lucke angenommen hat. — Die iranzösische Kammer nahm das Gesetz betr. die staatliche Hilfeleistung für Greise, Sieche und unheilbare Kranke mit 552 gegen 3 Stimmen an. — In Lodz fand Sonntag eine Demonstration jüdischer Arbeiter statt.

Finland.

Die Gewalt Herrschaft. Das Aufgebot der Wehrpflichtigen ist in Finland, wie Stockholm „Sozialdemokraten“ von dort berichtet wird, in diesem Jahre etwas besser ausgefallen, als im vorigen, indem 70-80 Proz. zur Musterung erschienen. Die Zwangsmäßigkeiten des Generalgouverneurs zur Durchführung der verfassungswidrigen Wehrpflichtordnung haben also doch wohl Erfolg gehabt. Uebrigens wird jetzt ganz im Geiste der russischen Regierung überall spionirt, Leute werden unter Polizei Aufsicht gestellt, ins Gefängnis geworfen ohne vorhergehende Untersuchung, Ausweisungen, Verabschiedung von Beamten, Hausdurchsuchungen und Spionage aller Art sind an der Tagesordnung. Unser Parteigenosse Lainio wurde vor wenigen Wochen ohne vorherige Untersuchung und ohne Urtheil ins Bezirksgefängnis von Abo gebracht und dort acht Tage festgehalten. Er wurde dann wieder freigelassen, erhält aber seitdem oft Polizeibesuch. Mehrere andere Parteigenossen wurden unter Polizei-Aufsicht gestellt, manche wurden veranlaßt auszuwandern. Dazu sah sich auch der Redakteur des schwedisch-finnländischen Parteiorgans „Arbeiter“ in Helsingfors, G. Rosenquist, genöthigt, der sich zur Zeit in Stockholm aufhält. Die Zensur der Druckschriften wird mit großer Strenge gehandhabt. Sie erstreckt sich auf die Buchhandlungen, die Buchhändler, Bibliotheken, Poststationen und Druckereien.

Oesterreich-Ungarn.

Nicht mit einem Dolche, sondern nur mit einem Stöcke hat der gekesserte Reich Freitag in Wien den Kaiser von Oesterreich bedroht. Diese Feststellung hätte wohl sofort erfolgen können. Jedenfalls war das Leben des oesterreichischen Kaisers in keiner Weise gefährdet. Der „Attentäter“ trat mit seinem Stöcke nur das Spritzleder des Hinterrades des kaiserlichen Wagens. Der arme Geisteskranke wurde noch Freitag einer Irrenanstalt überwiesen.

Ein Hauptmann von seinen Soldaten erschossen. Wie aus Karburg in Steiermark berichtet wird, wurde der Hauptmann Kanj vom 47. Infanterie-Regiment, der mit seiner Kompagnie gegen die aufrührerischen Bauern zu operiren hatte, während er „Feuer“ kommandirte, von rückwärts von seinen eigenen Leuten erschossen. Man glaubt, daß es sich um einen Racheakt eines Soldaten handelt, da der Hauptmann Kanj ein sehr strenger Offizier war.

Frankreich.

Vom Kulturkampfplatz. Die Regierung hat den Pfarrern der Pariser Kirchen untersagt, die alljährlich am Sonntag nach Fronleichnam stattfindende Prozession außerhalb der Kirchen abzuhalten. Begründet wird dieses Verbot mit dem Gesetze von 1901, wonach in allen Städten, in denen sich Gotteshäuser Andersgläubiger befinden, religiöse Zeremonien außerhalb der Gotteshäuser nicht abgehalten werden dürfen. Den eigentlichen Anlaß zu dieser Maßnahme bot jedoch die Befürchtung, daß die Prozessionen diesmal feindselige Kundgebungen seitens der Antiklerikalen hervorrufen könnten.

In blutigen Zusammenstößen zwischen Klerikalen und Antiklerikalen ist es Sonntag bei der Fronleichnamprozession an verschiedenen Orten gekommen. Besonders arg waren die Unruhen in Nantes, wo der 71jährige Redakteur des sozialistischen Blattes Namens Gaulle von den Nationalisten so durch Stöße und zertrüht wurde, daß er todt auf dem Platze blieb. Ferner erlitt der Präsident des Freidenkervereins, Lejeune, infolge von Stößen eines Schädelbruch. Sehr viele andere Personen wurden mehr oder minder schwer verletzt. 7 bis 8000 Nationalisten begaben sich, nachdem sie die Antiklerikalen vertrieben hatten, zur Präfectur, um den Präfecten zu zwingen, daß er das Verbot der öffentlichen Abhaltung der Fronleichnamprozession zurückziehe. Sie rufen an der Präfectur das Gitter nieder und verhaften in

das Gebäude einzudringen. Gendarmen und Dragoner trieben aber die fanatischen Klerikalen auseinander, die aus Pfaffensteinen und Balken bereits eine Art Barricade errichtet hatten; zahlreiche Raufhiebe wurden in Hast genommen. Ein Rittmeister der Gendarmen wurde durch Stockhiebe im Gesicht schwer verletzt. Es heißt, der Rittmeister wolle sein Amt niederlegen, um gegen die Raufregeln des Präfecten zu protestiren. — Auch in Dürenkirchen und Montvilliers bei Savre kam es zu Raufereien zwischen Katholiken und Antiklerikalen; hierbei wurden auf beiden Seiten zahlreiche Personen verwundet. In Paris selbst verlief der Tag ruhig.

Bulgarien.

Sozialisten und Mazedonien. Sonntag kam es in Sofia abermals zwischen Sozialisten und Mazedonern zu blutigen Zusammenstößen. Erstere versuchten, wie der „Fisk. Ztg.“ gemeldet wird, die Scharte vom vorigen Sonntag auszuweichen und beriefen zwei Versammlungen ein mit der Tagesordnung „Mischinen“. Die erste Versammlung, in der der radikale Sozialist Kirfow sprechen sollte, wurde gleich anfangs unmöglich gemacht und fand nicht statt. Die zweite, von dem opportunistischen Abgeordneten Sakasow einberufene Versammlung sollte gegen Eintrittsgeld im Zirkus „Bulgaria“ stattfinden. Die Sozialisten besetzten frühzeitig das Versammlungslokal und stellten sich den eindringenden Nationalisten entgegen. Letztere blockirten das Zirkusgebäude und bombardirten es mit Steinen. Die Sozialisten antworteten durch Revolverfeuer. Vor dem Zirkus entspann sich ein erbitterter Kampf. Die herbeigeeilte Polizei sprengte die Kämpfenden auseinander. Zwei Personen wurden schwer, sechs leicht verwundet. Veringelte Zusammenstöße zwischen Sozialisten und Mazedoniern wiederholten sich bis um fünf Uhr. Der Versuch der letzteren, die Vereinstafel vom Sozialistenklub zu entfernen, wurde durch die Polizei verhindert. In den Straßen verkehrten verstärkte Gendarmenpatrouillen.

Türkei.

Soldatenezzeffe. Aus Konstantinopel wird berichtet: Nachdem vor einigen Tagen eine Anzahl Militärschüler sich wegen unmenschlicher Behandlung gegen ihren Lehrer aufgelehrt hatten, ist es Freitag zu Exzessen unter der Garnison von Yildiz gekommen. Die Mannschaft eines Albaner-Regiments überfiel Gardebataillon mit blanker Waffe. Kameraden eilten von beiden Seiten herbei, sodaß es zu einer regelrechten Schlacht kam. Es gab mehrere Tote und viele Verwundete.

Afrika.

Beginn einer neuen antibrutischen Burenbewegung. Expräsident Krüger, der gegenwärtig in Silberfum weilt, erklärte, wie dem „Standard“ aus Brüssel gemeldet wird, die Burenversammlungen, die Botba für den 20. Juni nach Heidelberg (Südafrika) einberufen habe, müßten als Beginn einer neuen Burenbewegung in Südafrika betrachtet werden. Die Buren seien im Begriff, eine nationale Partei zu bilden, die gegen die britische Regierung gerichtet sei.

Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 16. Juni 1903.

Das Wahlergebnis wird am heutigen Abend im „Vereinshaus“ verkündet werden. Ferner werden hieselbst die von auswärtig eintausenden Wählergebnisse mitgeteilt. — Für unsere Leser geben wir, nachdem das Wahlergebnis vorliegt, noch am heutigen Abend eine Extra-Ausgabe heraus.

E. Die letzte Heerschau über unsere Wähler fand am Montag Abend im großen Saale des Vereinshauses statt. Wohl ca. 3000 Personen hatten sich eingefunden, um den Ausführungen des Genossen Arbeitersekretär Lesche-Ullona, der an Stelle des plötzlich erkrankten Genossen Stolten-Hamburg erschienen war, zu folgen. Der Referent besprach eingehend noch einmal die brennenden Tagesfragen; besonders seien der Militarismus und Marinismus vor allen Dingen im Auge zu behalten, da durch das Bestehen derselben und der stetigen wahnwitzigen Vermehrung dem Volke ungeheure Lasten auferlegt würden. Die Sozialdemokratie habe stets mit aller Energie und Schärfe das System bekämpft; war aber in den meisten Fällen machtlos gegenüber der militärfreundlichen Stellung der bürgerlichen Parteien. Darum sei es Pflicht eines jeden Wählers, der diesen an des Volkes Markt freisenden Militarismus bekämpfen wolle, seine Stimme für den Kandidaten der Sozialdemokratie abzugeben. Auch die indirekten Steuern, die nur zum Füttern des Moch-Militarismus nötig seien, trägen besonders nur die breite Masse des Volkes; von jeher hätten die Vertreter der besitzenden Klassen im Reichstage dieser Politik der Regierung mit Jubel zugestimmt, da auch in den meisten Fällen ihr eigener Vortheil mit in Frage gekommen sei. Redner besprach dann ausführlich die Kämpfe um den Zolltarif und wies insbesondere den Vorwurf, daß die Sozialdemokratie durch ihre Obstruktion den Brodwundern zum Siege verholfen hätte, entschieden zurück. Das Volk hätte über den Zolltarif entscheiden müssen. Hätte man diesen zur Wahlparodie gemacht, dann wäre die Volkessstimme zum Wort gekommen. Man müsse es auch den Wählern vor Augen führen, daß die ganze Zollwundermehrheit, die bei den Zollkämpfen so stritte auf dem Volke war, bei sozialpolitischen Fragen die Sitzungen schwänzte. Wenn wir die Thätigkeit des Reichstages betrachteten, so könnten wir sagen, daß hier vieles faul sei. Die Sozialdemokratie habe mit der Mehrheit schwere Kämpfe auszuwechten gehabt, und so würde es auch im nächsten Reichstag werden. Da auch vor allen anderen Dingen insbesondere das Reichstagswahlrecht gefährdet sei, so müsse auch keiner von diesen Ordnungselben gewählt werden, sondern alle Mann müßten einmüthig am 16. Juni dem Kandidaten der Arbeiterpartei, dem Genossen Th. Schwarz ihre Stimme geben. (Stürmischer Beifall). — In der Diskussion sprach zunächst der Genosse Th. Meyer-Hamburg. Derselbe kritisirte mit treffenden Worten die letzten Flugblätter der einzelnen Parteien, die sich hier in Lübeck um das Mandat bewerben und ermahnte die Anwesenden, mit allen Kräften für die Kandidatur Schwarz einzutreten. (Stürmische Beifall). Genosse Stellung beschäftigte sich mit der Kampfesweise der Nationalsozialen, die im letzten Augenblick ein von Lüge und Verläumdung gegen die Sozialdemokratie strotzendes kleines Flugblatt herausgegeben und an die sozialdemokratischen Versammlungstheilnehmer an den Straßenecken vertheilen ließen. Nach einer kurzen aber sehr treffenden

Kritik der Kampfmittel des nationalliberalen Organs, schloß Redner mit der Mahnung, am Wahltag auf dem Posten zu sein, damit unter der Siegel (Stimm-Beifall). Nach einem kurzen, kräftigen Schlusswort des Genossen Leiche forderte der Vorsitzende der Versammlung, Genosse Bape, die Anwesenden auf, am Wahltag Abends nach Verkündigung des Wahlergebnisses ruhig nach Hause zu gehen, um den Behörden keine Gelegenheit zum Einschreiten zu geben. Mit einem begeisterten Aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie erfolgte der imposante Schluss der Versammlung gegen 12 Uhr. Voller Begeisterung verließen unsere Mitkämpfer und Anhänger das Lokal, im Herzen schon die Siegeszuversicht tragend.

Zur Beachtung für Bürgerstimmwähler! Die Wahlhandlung beginnt um 10 Uhr vormittags und wird um 6 Uhr nachmittags geschlossen. Der Zutritt steht denjenigen frei, welche in dem betreffenden Bezirke wahlberechtigt sind. Zur Stimmenabgabe sind nur diejenigen zuzulassen, welche in die Wählerlisten aufgenommen sind. Dieselben haben erforderlichen Falles ihre Identität nachzuweisen. Das Wahlrecht wird in Person durch verdeckte, in eine Wahlurne niederzulegende Stimmzettel ohne Unterschrift ausgeübt. Die Stimmzettel müssen von weißem Papier und dürfen mit keinem äußeren Kennzeichen versehen sein. Stimmzettel, bei welchen hiegegen verstoßen ist, sind zuwückzuweisen. Die Stimmzettel sind außerhalb des Wahllokales mit dem Namen desjenigen, dem der Wähler seine Stimme geben will, zu versehen. Der Wähler übergibt, sobald sein Name in der Wählerliste aufgefunden ist, seinen Stimmzettel zusammengefaltet an den Vorsitzenden des Wahlvorstandes oder dessen Stellvertreter, welcher denselben unerschlossen auf der Rückseite mit einem Stempel versehen und in die Wahlurne legt. Die Ermittlung des Wahlergebnisses erfolgt öffentlich.

Als Kandidaten für die Mittwoch, den 17. Juni, im Hause der „Schiffergesellschaft“ stattfindende Bürgerstimmwahl für den zweiten Wahlbezirk (Marien-Magdalenen-Quartier und nordöstlicher Theil der Vorstadt St. Lorenz) sind aufgestellt: Von der sozialdemokratischen Partei:

- Schwarz, J. G. Th., Geschäftsführer.
 - Bartels, Th., Obermüller.
 - Bape, H., Geschäftsführer.
 - Kewenagen, J., Kassenbeamter.
- Für den Vaterstädtischen Verein kandidiren: H. Lange, W. Wengenroth, B. Peters und Schiffsführer J. W. Paffen.

immer n. Glaube!

„Vor der Schlacht“ betitelt sich ein Flugblatt, welches gestern Abend mit gewohnter Bänklichkeit von unseren Genossen in der Stadt und den Vorstädten vertheilt worden ist.

Ein freisinniges Flugblatt hat noch in letzter Stunde das Licht der Welt erblickt; es wendet sich gegen alle übrigen Parteien, jagt aber nichts Neues. Das wird Herr Bape aber auch nicht vor dem Durchfall bewahren. **Arbeiterrisiko.** In der Tischfabrik des Herrn Bahrdt, Danwartstraße, hobelte sich der dort beschäftigte Heizer L. Thamm das erste Glied des Zeigefingers der rechten Hand ab.

Ein Unglücksfall, der leicht schlimmere Folgen hätte nach sich ziehen können, ereignete sich gestern Mittag auf dem Güterbahnhof. Dort sollte der große Hebekran einer Belastungsprobe unterzogen werden. Hierbei brach plötzlich das Untergerüst des Kranes und letzterer stürzte mit seiner Last, einer Anzahl Eisenbahnkisten, nach vorn herüber. Einer der Arbeiter trug leider eine nicht unerhebliche Beinverletzung, die seine Ueberführung in das Krankenhaus erforderlich machte, davon. Wäre der Kran nach der Kravenseite, anstatt nach der Landseite, hin gestürzt, dann hätte das Unglück leicht große Dimensionen annehmen können.

Bei der Durchfahrt durch die Hafendrehbrücke haben Dampfer von mehr als 8 Meter Breite sich eines Schleppe dampfers zu bedienen. Dampfer von mehr als 9,5 Meter Breite haben bei der Durchfahrt durch die Hafendrehbrücke zwei Schleppe dampfer anzunehmen, von denen der eine den Dampfer vorn, der andere hinten im Kurs hält. Dampfern von mehr als 11 Meter Breite ist die Durchfahrt durch die Drehbrücke nicht gestattet. Der zulässige größte Tiefgang bei der Durchfahrt durch die Drehbrücke beträgt 5,50 Meter bei einem mittleren Wasserstande von — 5,35 Meter am Pegel bei der Struckfähr; bei niedrigem Wasserstande ist der zulässige Tiefgang entsprechend kleiner.

Bzug von Arbeitern nach der Tremser Knöchelwähle in Schwartau ist streng fernzuhalten, da sich die dortigen Arbeiter im Streik befinden. Hoch die Solidarität!

Berein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde. Am Sonntag den 21. Juni unternimmt der Verein auf vielfachen Wunsch eine Tour nach dem herrlichen, an Naturschönheiten reichen Bloen. Der Fahrkartenverkauf bei

den Vereinsboten und Herrn Weilandt ist bis zum Freitag verlängert worden. Die Abfahrt erfolgt Mittags mit dem 12,25 Uhr-Zuge, sodas für den Nachmittags ausreißend Stunden zur Verfügung stehen zur Befichtigung des Schloßparkes usw.

Wegen vorzunehmender Zielbanten wird die Sadowastraße von der Klappenstraße bis zur Wickestraße vom 17. ds. Mts. bis zur Fertigstellung gesperrt.

Einem glänzenden Verlauf nahm das Sonntag im „Vereinshaus“ abgehaltene neunte Stiftungsfest des Arbeiter-Madfahrer-Bundes. Die Aufführungen fanden den ungetheilten Beifall der zahlreich Erschienenen.

Parteilosen!

Agitiert für die Bürgerstimmwahlen!

Keine polizeiliche Nachrichten. Festgenommen wurde ein früherer Maurergeselle von hier, der sich an einem auf der Durchreise nach Eutin begriffenen Dienstmädchen des Haushalters schuldig machte. Ferner wurde ein 31. stellungs- und wohnungsloser Kellner festgenommen, der einem hier zugereisten Brauer, nachdem derselbe angetrunken war, ein Portemonnaie mit 10 Mark aus der Tasche klahl.

Schlusssatz. Eine Versammlung unter freiem Himmel fand gestern Abend hier statt. Trotz des strömenden Regens war dieselbe sehr gut besucht. Genosse Schwarz referirte unter stürmischen Beifall der Anwesenden.

Travemünde. Eine sehr gut besuchte Wählerversammlung fand Montag Abend in G. Kählers Gasthof statt. Das Referat hatte Genosse Wissell übernommen, der es sich noch einmal angelegen sein ließ, die Erschienenen auf die große Bedeutung der Wahl hinzuweisen. Die Stimmung war sehr begeistert, so daß ein gutes Resultat von hier zu erwarten steht. Gegner, obwohl anwesend, meldeten sich nicht zum Wort.

Kleine Chronik der Nachbargemeinde. Nach Unterschlagung von Postgeldern erlosch sich an Bord der „Nymphe“ in Kiel ein als Ordnungskommandant einjähriger Matrose. — Im Santower See in Grevesmühlen erkrankte bei der Ueberfahrt der in mittleren Jahren stehende Sohn des Büdners Esmann. — Die in der Stadt Bremen tagende Hanseatische Anwaltskammer lehnte den Reichsgerichtswahl betreffende die Errichtung einer Ruhegehalts-, Wittwen- und Waisenkasse für Deutschlands Rechtsanwälte ab.

Hamburg. Genosse Bebel sprach hier selbst am Sonntag Morgen in seinem Wahlkreise in zwei Lokalen vor überfüllten Versammlungen. In einer Versammlung trat ihm der Milchmischkandidat Dr. Koch entgegen.

Hamburg. Ein Steuerprozess von prinzipieller Bedeutung schwebt nach der „Frankfurter Ztg.“ zwischen dem Hamburger Steuerfiskus und einer hiesigen Aktiengesellschaft. Die hamburgische Steuergegebung hat eine Doppelbesteuerung der Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. geschaffen, wonach nicht nur der Reingewinn der Gesellschaften, sondern auch das Einkommen der Mitglieder dieser Gesellschaften aus dem Reingewinn versteuert werden muß. Die betr. Aktiengesellschaft hat nun außer ihren Aktien Genußscheine ausgegeben, die das Anrecht auf einen Gewinn in gleicher Höhe wie die Dividende geben. Diesen Betrag zog die Gesellschaft vor dem zu verrechnenden Reingewinn ab. Die Gesellschaft glaubte sich hierzu berechtigt, weil die Genußscheine als Bezahlung für Anlagen gegeben sind, und sah die Auszahlung auf sie als Zahlung von Schulden an, deren Abzug vom Reingewinn gestattet ist. Der Fiskus ist nun der Meinung, die Gewinnvertheilung auf diese Genußscheine trage den Charakter einer Dividende, die zu versteuern sei. Es handelt sich dabei um ganz erhebliche Summen. Der Prozess wird wahrscheinlich den Anlaß geben, daß der Steuerfiskus der Durchführung des Gesetzes wegen der Doppelbesteuerung erhöhte Aufmerksamkeit schenken wird. — **Schulkinder als Wahlboten.** An die Schüler der oberen Klassen einer hiesigen Volksschule wurde von einem feingekleideten Herrn folgender Zettel ausgegeben:

Was soll ich am Wahltag thun?
Um 5 Uhr nachmittags am Dienstag, den 16. Juni 1903, soll ich am Speersort Nr. 11 bei den „Hamburger Nachrichten“ sein. Dort erhalte ich

- 1) eine Legitimationskarte.
 - 2) einen Schein, auf dem ein Wahllokal notirt steht.
- Nach diesem Wahllokal soll ich hingehen. Ich muß gegen 7 Uhr dort eintreffen. Dann soll ich den Zettel an den Herrn Wahlvorsteher abgeben und die Karte vorzeigen. Ich muß dann in dem Lokal warten, bis die Stimmen gezählt sind. Dann muß ich mir den Zettel ausgefüllt wieder ausbitten, die nächste elektrische Bahn benutzen und schleunigst nach dem Speersort 11 fahren. Wenn ich den Zettel dort abgegeben habe, erhalte ich den Lohn ausbezahlt.

Die „Hamburger Nachrichten“ wollen also die billige Kinderarbeit für den Informationsdienst verwenden! Wirklich ein hübsches Gegenstück zu der Verbreitung freisinniger Flugblätter durch kleine Mädchen und Knaben.

Altona. Ein nettes Bild von einer Arbeiterwohnung entrollte eine Verhandlung vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts. In dem Dorfe Stellau hatte der Arbeiter G. mit Frau und mehreren kleinen Kindern eine Kathe gemiethet, die kein „geschlossenes Ganze“ bildete, sondern deren Wände, Fenster und Thüren in sehr losem Zusammenhange standen, sodas der Wind kräftig in das haufällige Häuschen blasen konnte, an dem sich immerhin noch die letzten Spuren eines Daches nachweisen ließen. Der Eigentümer der Kathe verweigerte jede Reparatur, und so viel Löcher auch die Bewohner der Kathe mit Stroh verstopften, es thaten sich daneben immer wieder neue auf. Ein kleiner Wirbelwind wurde am 31. Januar d. J. in der Kathe entsefelt, als der Sturm von allen Seiten scharf um und durch das „Haus“ blies. Die Frau löschte deshalb ein auf dem Herd brennendes Feuer aus. Als sich der Wind etwas gelegt hatte und die Zeit zur Bereitung des Essens drängte, machte sie wieder Feuer an und begab sich in den Nebenraum, wo sie für die kleinen Kinder zu sorgen hatte. Inzwischen hatte ein durch die Löcher des angenehmen Wohnhauses zischender Wirbelwind das Feuer auseinandergetrieben und die Kathe angezündet, die vollständig niederbrannte. Die Folge war, daß die Frau wegen fahrlässiger Brandstiftung angeklagt wurde. Die Frau erklärte zwar, sie habe sich in einer Nothlage befunden, das es hundertfach gewesen sei und sie doch Etwas hätte beten müssen, aber der Staatsanwalt beantragte 14 Tage Gefängnis. Das Gericht erkannte auf 100 Mk. ev. zehn Tage Gefängnis. Der Verteidiger war der Meinung, die Viele mit ihm theilen werden, der Hauptschuldige sei der Vermietter.

Sarburg. Kurze Freude. Wie wir vor kurzem berichteten, hat das Kriegsgericht einen Pionier H. vom 9. Bataillon (Sarburg) von der Anklage der Gehorsamsverweigerung und des Angriffs auf einen Vorgesetzten freigesprochen, weil es annahm, daß der Soldat so bekrummen war, daß seine freie Willensbestimmung ausgeschlossen gewesen sei. Der darob hoch erfreute H., der von seinen Vorgesetzten als tüchtiger Soldat geschätzt wurde, wurde aus der Haft entlassen. Die Freude war nur von kurzer Dauer, denn der Gerichtsherr legte gegen das Urtheil Berufung ein, mit der sich das Oberkriegsgericht beschäftigte. Der Angeklagte behauptete, wie in der ersten Instanz, daß er thatsächlich nicht gekrümmt habe, wie er in die Kaserne gekommen sei; der weiteren Vorgänge wisse er sich überhaupt nicht zu erinnern. Die Zeugen bekundeten, daß H. der Aufforderung des Unteroffiziers, sich zu Bett zu begeben, nicht Folge geleistet, vielmehr den Vorgesetzten thätlich angegriffen habe. Der Vertreter der Anklage meint, daß die freie Willensbestimmung ausgeschlossen war. Da es sich um einen schweren Verstoß gegen die Disziplin handle, beantrage er eine Gefängnisstrafe von 3 Jahren. Das Gericht hält den Angeklagten ebenfalls für schuldig, billigt ihm aber mildernde Umstände zu und verurtheilt ihn zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis. Die Disziplin ist wieder einmal gerettet.

Güstrow. In der zweiten ordentlichen Schurgerichtsperiode vom 3. bis 11. Juni wurde an acht Sitzungstagen in 19 Strafsachen verhandelt. Es kamen gegen 19 Angeklagte 23 einzelne Straftaten zur Aburtheilung. An weiblichen Personen sind 2 verurtheilt. Freigesprochen ist eine Person. Der Gesamtbetrag der erkannten Freiheitsstrafen stellte sich auf 37 Jahre; davon entfallen auf Zuchthaus 31 Jahre und auf Gefängnis 6 Jahre. Die höchste erkannte Freiheitsstrafe betrug 15 Jahre Zuchthaus.

Strelitz. Moderne Sklaverei. Ueher noch als in Preußen macht sich in Mecklenburg der Lehramangel immer fühlbarer. Um dieser, selbst den mecklenburgischen Junkern bedenklich erscheinenden Gefahr vorzubeugen, wendet die großherzogliche Regierung von Mecklenburg-Strelitz ein eigenartiges Mittel an; sie läßt nämlich von den in das Lehrerseminar zu Miranw einretrenden Seminaraspiranten folgenden Kevers unterschreiben:

„Ich Entdesunterzeichneter erkunde und bekeme hiermit, daß ich als Gegenleistung für meine zu Ostern 1903 erfolgende Aufnahme in das großherzogliche Seminar zu Miranw und für meine Ausbildung in demselben mich verpflichtet habe, nach Beendigung meiner Ausbildung in dieser Anstalt Seiner königlichen Hoheit dem Großherzog von Mecklenburg-Strelitz wenigstens zehn Jahre hindurch im Schulfache Dienste zu leisten, und bezwungen gehalten bin, unweigerlich und so gleich jede Schulstelle oder Hilfslehrerstelle, die mir von der zuständigen landesherrlichen Behörde übertragen wird, anzunehmen und wenigstens zehn Jahre zu verwalten. Die gedachte Behörde ist demgemäß berechtigt, die Uebernahme der mir übertragenen Schulstelle und das Verbleiben in ihr für die gedachte Zeit im Wege der Klage zu erzwingen. Außerdem übernehme ich für den Fall, daß ich, gleichviel aus welchem Grunde, vor Ablauf von zehn Jahren aus dem landesherrlichen Schuldienste ausscheide, die Verpflichtung, für jedes im Externat des großherzoglichen Seminars verbrachte Jahr eine Entschädigung für die Kosten meiner Ausbildung und Unterhaltung von vierhundertfünfzig Mark, für jedes Internatsjahr dagegen eine solche von fünf hundert Mark sofort und in voller Summe baar zu entrichten. Diese Entschädigungspflicht soll auch eintreten, falls ich aus dem Seminar vor der Beendigung meiner Ausbildung in ihm, ohne durch meinen Gesundheitszustand dazu gezwungen zu sein, aus eigenem Willen austrete, oder falls ich durch meine Führung meine unfreiwillige Entfernung aus dem Seminar veranlasse, oder falls aus gleichem Grunde meine unfreiwillige Entlassung aus dem großherzoglichen Schuldienste sich vernothwendigen sollte.“

Von dem betreffenden Vater ist folgender Zusatz zu unterzeichnen: „Der unterzeichnete Vater bzw. Vormund des Seminaristen N. N. genehmigt dessen vorherige Erklärung und übernimmt zugleich die von demselben eingegangenen Verpflichtungen als Selbstschuldner.“ Durch Unterschrift dieses Kevers begiebt sich der angehende Lehrer für fast die Hälfte Zeit seines späteren Wirkens auf Gnade oder Ungnade in ein Abhängigkeitsverhältnis, das sich nur dem Namen nach von der Sklaverei unterscheidet. Die Bedingungen sind solch ungeheuerliche, daß man es fast für ausgeschlossen halten sollte, daß unter diesen Umständen ein junger Mann dem schweren Berufe eines Volkserziehers sich widmen werde. Wie schlimm muß es um die Lage und das Ansehen der Lehrer in einem Lande bestellt sein, in dem man zu solchen Mitteln seine Zuflucht nehmen muß, und wie erbärmlich muß es um die politische und wirtschaftliche Lage der arbeitenden Bevölkerung bestellt sein, daß man es wagen kann, den angehenden Lehrern solche Bedingungen zu stellen!

Neustrelitz. Arg in die Haare gerathen sind sich die Ordnungsparteiler in der vom Vorstand des konservativen Bezirkswahlvereins nach dem Schützenhause einberufenen Wähler-Versammlung. Nach dem Referat des bisherigen Abgeordneten Rauck ergriff der Wähler Buchholz-Friedrichsfelde das Wort, der sich gegen das Flugblatt des liberalen Kandidaten Brunschwig wandte, aus dessen einziger Unterschrift hervorgehe, daß B. sich selber zum Reichstags-Kandidaten proklamirt habe. Dann habe Brunschwig in einer in Friedland abgehaltenen Versammlung erklärt, man möge lieber einen Sozialdemokraten wählen als einen Konservativen. — **Rechtsanwalt Brunschwig ruft: „Das ist gelogen!“** — Redner: „Ich bin bereit, meinen Gewährsmann zu nennen.“ — **Rechtsanwalt Brunschwig:** „Dann hat er gelogen!“ — Redner: „Mir hat das Herr Graf Schwering in Wollshagen gesagt.“ — **Rechtsanwalt Brunschwig:** „Der lägt allerdings nicht, aber er muß sich gerirt haben.“ **Rechtsanwalt Brunschwig erklärt sodann:** „Was er eigentlich eine ganze Reihe von Fragen stellen wollte; er habe aber dem Gedankengange des Herrn Rauck nicht folgen können. Herr Rauck erwidert hierauf, daß er keinen Werth darauf lege, von Herrn Brunschwig verstanden zu werden; er hoffe zu andern Männern gesprochen, von denen er hoffe, daß sie ihn verstanden würden. **Rechtsanwalt Brunschwig fragt sodann Herrn Buchholz,** ob sein Nachgut 100 Hektar enthalte, ob nicht auf einen Hektar da 20 Jentner Korn geäut würden, und ob das nicht bei dem 5 Mk.-Zoll 1500 Mk., und wenn man nur die Hälfte des Landes für Ackerbau rechne, 7500 Mk. für Herrn Buchholz bedeute. Der Gefragte erwiderte, daß das Herr Brunschwig gar nichts angehe.“ (Aha!) Im weiteren Verlauf kam Rechtsanwalt Brunschwig auf die belagte Aufzählung des Grafen Schwering zurück, der ja in der Versammlung in Friedland gar nicht anwesend gewesen sei, wohl aber Herr von Dercken-Dübbersdorf. Ueber diesen Herrn machte Rechtsanwalt Brunschwig verbündliche Bemerkungen.

Unter großer Erregung entzog nun der Vorsitzende dem Rechtsanwalt Bruns die Wort. — Die Sozialdemokraten befinden sich hier in der glücklichen Lage des lachenden Dritten. Sie werden alles daransetzen, um eine möglichst hohe Stimmenzahl für ihren Kandidaten, Genossen Lüth aus Hamburg heraus zu schlagen!

Beste Nachrichten.

Rosen. Rauchvergiftung. Sonntag früh wurden in ihren Betten der Kassenbuchhalter der Kabinchen Gasanstalt Frankowski und dessen Ehefrau tot aufgefunden. Auch der Vater des Mannes wurde schwer erkrankt aufgefunden, Lebensgefahr war aber nicht vorhanden. Die Todesursache ist noch nicht festgestellt, doch vermuthet man, da der Kanarienvogel in demselben Zimmer auch tot ist, daß Rauchvergiftung vorliegt. Die Untersuchung ist im Gange, die Leichen wurden seziert.

Wattenfisch. Tödlicher Sturz. Auf der Recke „Holland“ stürzten infolge Seilbruches ein Elektrotechniker, ein Maschinensteiger und ein Schlosser mit einem Arbeitsfahel ab, als sie sich von der 6. zur 7. Sohle begeben wollten. Die Unglücklichen fielen in einen Sumpf und erstickten; 2 Leichen wurden bereits geborgen.

Warschau. Bei einem Haussturz an der Ecke des Alexanderplatzes und der Kionseker-Strasse sind zahlreiche Personen getödtet worden. Das Haus hatte viele Miether, welche größtentheils unter den einstürzenden Trümmern begraben wurden. Bisher sind unter dem Schutt 19 Tödtete, die Bewohner der obersten Stockwerke, hervorgezogen worden; wahrscheinlich hat in dessen Katastrophe noch mehr Opfer gefordert, und man befürchtet den Verlust von 30 bis 40 Menschenleben. (Nach

der Wolffschen Meldung wurden dagegen nur 3 Personen verlegt, darunter eine Frau schwer.

Marseille. Ballonunglück? Ein Ballon, welcher am Sonnabend mit den Luftschiffern Latruffe und Chanier und Fräulein Rabin aufstieg, wurde vom Winde nach dem Meere getrieben und ist seitdem verschwunden. Man befürchtet, daß seine Insassen umgekommen sind.

Malaga. Marine-Unglück. Auf dem englischen Kreuzer „Good Hope“, welcher in der Nähe der Meerenge von Gibraltar Uebungen vornahm, explodirte ein Torpedo im Lancierrohr. Dabei wurden vier Matrosen getödtet und zwanzig verwundet. Nach Ausschiffung der Todten und Verwundeten setzte der Kreuzer seine Uebungen fort. Die Ursache der Explosion ist noch unbekannt.

Newyork. Ein Wolkenbruch zerstörte die Stadt Heppner in Oregon; 350 bis 500 Personen sollen ertrunken, 105 Leichen bereits gefunden worden sein. Nach einer späteren Meldung soll auch das Dorf Lexington zerstört sein.

Balparaiso. Ein Erdbeben ereignete sich in der Nähe von Valero (Chile) in dem Augenblick, als ein Eisenbahnzug in der Richtung nach Balparaiso vorüberfuhr. Einige riesige Felsstücke stürzten auf die Eisenbahnschienen. Die Lokomotive und einige Waggons wurden aus den Schienen geschleudert. Mehrere Reisende wurden tödtlich verlegt.

Aus Nah und Fern.

Der Prozeß gegen den Pastor Ziemer hat vor dem Schwurgerichte in Prenzlau seinen Abschluß gefunden. Im Juni v. J. erregte das Verschwinden Ziemers, der Pastor der Parochie Wollin war, großes Aufsehen.

Bald stellte es sich heraus, daß mit der Flucht große Unterschlagungen von Kirchengeldern, Kisten und Pfarrvermögen im Zusammenhang standen. Ziemer wurde dann in Hainfeld (t. Holstein), wo er sich als „Kaufmann Albrecht“ aufhielt, verhaftet und eingekerkert. Die Geschworenen, vor denen er sich wegen Verbrechen im Umte nach schwerer Urkundenfälschung zu verantworten hatte, erklärten Ziemer für schuldig unter Verfassung mildernder Umstände; das Gericht verurtheilte ihn zu zwei Jahren und einem Monat Zuchthaus unter Anrechnung von vier Monaten auf die erlittene Untersuchungshaft.

Ein heiterer Zwischenfall trug sich im Schwurgerichtssaale in Ulm zu. Ein ländlicher Zeuge, der nach seinen stark ergrauten Haaren zu urtheilen, das Schwabener Alter längst überschritten hatte, that, als er die Hand zum Schwur erheben sollte, unter allgemeiner Heiterkeit den Ausruf: „Herr Präsident, i ka net Schwura, mei Frau hot's net erlaubt!“ Selbstverständlich nützte ihm die Weigerung nichts. Kürzlich verweigerte bei einer Strafammerverhandlung eine Bauersfrau ebenfalls den Eid. Selbst die Drohung, daß man sie sofort abführen lassen werde, blieb wirkungslos. Das Gericht verzichtete schließlich auf ihr Zeugniß, weil es nicht von Belang war.

Streuungs-Buchmarkt.

Hamburg, 15. Juni

Der Schweinehandel verlief ruhig. Geführt wurden 430 Stück. Preis: Gengschweine — Mt., Verkaufschweine, schwere 47—48 Mt., leichte 48—49 Mt., Sauen 40—41 Mt. und Ferkel 46—48 Mt. pr. 100 Pfund

Siehe eine Beilage.

Frieda Niebuhr
Wilhelm Winkelmann
Verlobte.
Lübeck, den 15. Juni 1903.

Zu vermieten eine erste Etage
Devenau 21.

Möblirtes Zimmer zu vermieten
Helenenstraße 7, I.
Dahelbst ein Kinderwagen billig zu verkaufen.

Zum 1. Juli 1 kl. feindl. Wohnung
Kaulstraße 34.

Abgeschl. Zweizimmerwohnung
zum 1. Okt. oder früher zu vermieten, 175 bis 200 Mt.
Chajotstraße 3.

Eine Wohnung zu vermieten
Preis 120 Mt.
Schönkampstraße 16.

Ein möblirtes Zimmer
zu vermieten.
Glandorffstraße 23, 3. Etage.

Gesucht eine kleine Wohnung
zum 1. Oktober in Nähe der Stadt im Preise bis zu 140 Mt.
Angebote unter B 110 an die Exp. bis Bl.

Gesucht sofort 4000 Mark
als zweites Geld, sichere Hypothek.
Off. unter A an die Exp. d. Bl.

Ein gut gestimmtes tafelförmiges Piano
billig zu verkaufen. Näheres bei
F. Evers, Marienhal-Stradeldorf.

Verloren ein Wagenschloß
von der Kogelnberger Allee bis Rautenstraße.
Abzugeben gegen Belohnung Rautenstraße 18.

Ein Zugänger zu verkaufen.
Gustav Scheel, Jadenburg.

Ein kl. hübscher Hund (Terrier)
zu verkaufen
Engelsgrube 78/2.

1 großer Pfeiler-Spiegel, Kommode, Sofa und Waschtisch, gut erhalten, billig zu verkaufen.
Kloppengarten 4, II.

Abrennreinigen und Federeinsetzen
macht zu billigen Preisen
C. Domian, Königstraße 24.

Täglich 30 Mark
verdienen Herren und Damen (jeden Standes) durch den Verkauf eines neuen Artikels. Auskunft ertheilt gratis und franco A. Leistner, Leipzig, Windmühlenstraße 31.

Kolonialwaaren, Farben u. Drogen,
sämmliche Gewürze,
Brennmaterialien in groß, Sämereien, Konjerven, Weine u. Spirituosen, Flaschenbierhandlung, Taback u. Zigarren, Toilette- und Hausstandseifen, Sanja-Margarine, Fleisch- u. Wurstwaren, Kartoffelhandlung, Brod von der Gen.-Bäckerei und der Moisl. Mühle.

August Maass
18 Heinrichstrasse 18.
Auf 25 Mt. gebe 60 Pf. Rabatt.

Eilt! Eilt!
Bereits Donnerstag, 18. Juni,
Ziehung **1. Klasse** der bedeutend verbesserten
324. Hamburger Stadt-Lotterie.
Neu! Jede Kl. eine Prämie **Neu!**
Zweite Kl. zwei Prämien u. Hauptgewinn
Bester Gewinn 1. Klasse evtl. Mark 50 000.
Bester Gewinn letzter Klasse evtl. Mark 600 000.
Preise 1. Klasse 75 Pf. 1/2 Kl. 1.50. 1/3 Kl. 3. 1/4 Kl. 6.
Preise aller Kl. 1. Kl. 36. 1/2 Kl. 72. 1/3 Kl. 144.
Loose in bekannte Haupt-Kol
Gerhd. R.
Ge
Verband
Wo das berühmte
Man
Uni

Die „Volks-Zeitung“ erscheint täglich zweimal, Morgens und Abends.
Gratis-Beigabe: Gutenberg's Illustriertes Sonntagsblatt
redigirt von Rudolf Eichg.
Abonnementspreis 4 Mark 50 Pfg. pro Quartal
Volks-Zeitung
Organ für Jedermann aus dem Volke.
Haupt-Redakteur: Carl Vollrath.
Inhaltsverzeichnis
Reicher Inhalt und schnelle, zuverlässige Mittheilung aller politischen, wirtschaftlichen, kommunalen und lokalen Ereignisse.
Scharfe und treffende Behandlung aller Tagesfragen.
Ausführlicher Handelsbericht, frei von jeder Beeinflussung.
Charakter, Musik, Kunst, Wissenschaft und Technik.
Romane und Novellen aus der Feder der bestbelegten Autoren.
Der Abdruck eines großen Romans von Marion Crawford „Im Schatten des Aars“ wird im Juli begonnen, der in Bezug auf reiche Erfindung, spannend entwickelte Handlung, treffende Charakteristik der Personen und brillanten Stil zu den hervorragendsten Werken der modernen englischen Literatur gehört.
„Gutenberg's Illustriertes Sonntagsblatt“ bringt während der Sommermonate einen neuen, modernen Familienroman in Schildernden Roman der Gräfin von Schwerin, dessen Heldin Regine sich von der Bevormundung eines adelstolzen, vornehmlichen Bruders emanzipirt und ihr Leben aus eigener Kraft gestaltet. Novellen von Ottmann, Engel, Wille u. a. m. schließen sich an, sowie belehrende Aufsätze, Räthsel, Schach, Star, Witz-Aufgaben, Räthel und Bergbilder. Bemerkenswert ist der reiche Bilderreichtum dieses Sonntagsblattes.
Den hinzutretenden Abonnenten liefern wir — gegen Einzahlung der Abonnements-Lohnung — die Zeitung bis Ende Juni schon von jetzt ab täglich unter Kreuzband unentgeltlich.
Expedition der „Volks-Zeitung“
Berlin W. 35, Schwanstraße Nr. 105. Fernsprecher VI. 28.

S treichfertige Soelfarben
genau nach Muster alle ins Malfach schlagende Artikel
Fussbodenöl
wie auch Carbolinum, Holz- und Kohlentheer
Hans Fock
Sanja-Drogerie
Fackenburg Allee 10
Wickedestr. 48.
Die Nord-Wacht.
Dreimal wöchentlich erscheinendes politisches Organ für das werththätige Volk Nordwestdeutschlands.
Preis monatl. 50 Pfg., vierteljähr. 1.50 Mt.
Redaktion u. Exped.: Daul, Neue Wilt.-Str. 82.
— Belegungsstelle Nr. 5620. —
Zur Agitation auf dem Lande ganz besonders geeignet. **
Probennummern stehen zur Verfügung.
Verkauf in Gebinden u. Flaschen: Gr. Gröpelgrube 23 und in vielen einschlägigen Geschäften.
Streifen und Säubern Vorzugsspreife.



Verantwortlicher Redakteur für den gewöhnlichen Theil der Zeitung mit Ausnahme der Abtheilung „Kunst und Wissenschaft“, sowie der mit J. St. gekennzeichneten Artikel und Notizen: Otto Friedrich. Verantwortlicher Redakteur für die Abtheilung „Kunst und Wissenschaft“, sowie die mit J. St. gekennzeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stellung. — Verleger: Theodor Schwarz. Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sitzungsberichte in Lübeck.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Die Arbeiter in Dresden und Umgegend haben nunmehr die Stücke, welche sie in Arbeit hatten, fertiggestellt und deshalb nach einem früher gefassten Beschlusse die Arbeit niedergelegt. Sie wird erst wieder aufgenommen, wenn die Tarifstreitigkeiten, welche zwischen Arbeitern und Arbeitgebern schweben, erledigt sind. Abgesehen von wenigen Arbeitswilligen ist der Ausstand jetzt allgemein. — In Hannover wurden Sonnabend sämtliche Arbeiter im Baugewerbe, etwa 3000 an der Zahl, nachdem die ausländischen Zimmerer die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben, ausgeperrt. — Die Stukkateure und Gipser in Stuttgart befinden sich in einer Lohnbewegung. Sie haben den Arbeitgebern Forderungen unterbreitet, und von deren Antwort wird es abhängen, ob ein Streik notwendig ist.

Der Rechenschaftsbericht des Verbandes der deutschen Buchdrucker für das Jahr 1902 ist schon erschienen. Er giebt ein übersichtliches Bild des abgelaufenen lebhaften Geschäftsjahres, das mit der Einführung des revidierten Tarifes begann; sie vollzog sich, abgesehen von kleineren Differenzen über die Sozialzuschlagsfrage, befriedigend. Die gleichzeitig eingeleitete Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder hatte namentlich unter den Mitgliedern des Gutenbergbundes und in Rheinland-Westfalen, das sich der Tarifgemeinschaft anschloß, guten Erfolg. Auch die Gewerkschaft der Buchdrucker, in der sich ein Theil ehemaliger Verbandsmitglieder vereinigt hatte, knüpfte in dem letzten Jahre Verhandlungen an zwecks Uebertritts in den Verband, die trotz der erbitterten Kämpfe, die sich zwischen beiden Organisationen abgespielt hatten, zu einem befriedigenden Abschluß kamen. Mit dem 1. November v. J. traten die Mitglieder der Gewerkschaft dem Verbande wieder bei. Von größter Bedeutung für die Besserung der gewerblichen Zustände dürfte die Petition an den Bundesrath um gesetzliche Einführung der Gehaltskala des Verbandes für den ganzen Beruf sein. Die Fortdauer des schlechten Geschäftsganges hat eine größere Zahl Arbeitsloser geschaffen, so daß der Verband bei einem Durchschnittsmitgliedbestand von 33 369 für 734 318 Tage Ortsunterstützung und für 296 044 Tage Reisenunterstützung zu zahlen hatte. Dazu kommen 400 143 Krankentage. Insgesamt ergiebt sich, daß für 81 1/2 Proz. der Mitglieder Arbeitslosigkeit fehlte, während 37 1/2 Proz. das ganze Jahr hindurch krank waren. Auf die Gesamtzahl berechnet kamen auf jedes Mitglied 31 Tage Arbeitslosigkeit und 12 Tage Krankheit. Als wesentliche Veranlassung der Arbeitslosigkeit glaubt der Verband die in schnellem Tempo erfolgende Einführung der Sechsmaschinen ansehen zu können. Waren nach einer im März 1901 vom Reichstag ausgenommenen Statistik 389 Maschinen mit 525 Sechern zu verzeichnen, so erhöhte sich die Zahl im September 1901 auf 560 Maschinen mit 816 Sechern, wodurch 641 Buchdrucker ihre Kondition verloren. Nach neuerlichen Ermittlungen ist bereits das erste Tausend um ein Geringes überschritten, wodurch die Zahl der entlassenen Buchdrucker eine wesentliche Steigerung erfahren hat und zwar um so mehr, als überall die Doppelschicht Platz greift. Als wesentliche neue Einrichtungen des Tarifausschusses sind die Kreisämter und die paritätischen Arbeitsnachweise zu verzeichnen. Die Zahl der Schiedsgerichte ist auf 36 gestiegen. In Bezug auf das Verhältnis zu den ausländischen Verbänden sah sich der Vorstand zur Kündigung sämtlicher Gegenseitigkeitsverträge veranlaßt. Die Mitgliederzahl betrug Ende des Jahres 34 588. Die Einnahmen und Ausgaben beliefen sich mit 5 038 460,58 Mk. Der Vermögensbestand betrug 3 176 849,12 Mk. An Unterstützungen wurden gezahlt: Reisenunterstützung 307 006,12 Mk., Arbeitslosenunterstützung 590 640,25 Mk., an vorübergehend Arbeitsunfähige 538 125,01 Mk., an dauernd Arbeitsunfähige 145 780 50 Mk. Invaliden

waren 394 zu unterstützen; für Begräbnißgeld wurden 34 348,50 Mk. gezahlt.

Ueber den Beschäftigungsgrad auf deutschen Werften wird der Berliner „Volksztg.“ berichtet: Die Arbeiter auf den Werften sind zur Zeit etwas ungleichmäßig beschäftigt; während auf den meisten Werften die Aufträge noch für einige Zeit reichen, um die Arbeiter voll zu beschäftigen, giebt es auch andere, große, mittlere und kleine Betriebe, wo gegenwärtig sich Mangel an Beschäftigung bemerkbar macht. Befriedigend ist der augenblickliche Beschäftigungsgrad der Werften in Bremerhaven. Die 1600 Arbeiter, die von der Firma J. G. Tecklenburg wegen Affordberweigerung am 1. Mai die Kündigung und am 15. Mai die Entlassung erhielten, wurden am 22. Mai sämtlich bis auf 50 wieder eingestellt. Diesen gegenüber wurde als Grund, warum sie nicht wieder antreten konnten, Mangel an Beschäftigung angegeben. Bei der Firma G. Seebeck u. G. arbeiten zur Zeit an dem Neubau „Prinz Waldemar“, der für den Norddeutschen Lloyd im Juni fertig gestellt werden soll, 600 Mann Ueberstunden. Außerdem sind noch in Arbeit 3 Fischdampfer und 1 Schleppdampfer, die theilweise auch schon fertig gestellt sind. In Auftrag gegeben sind ferner noch weitere 15 Fischdampfer. Im Ganzen arbeiten auf der Werft zur Zeit 1200 Mann. Bei der Firma R. C. Widmers sind zur Zeit zwei Dampfer für eigene Rechnung in Arbeit. Ueberstunden werden von den 800 Arbeitern nicht gemacht. Auf der Reparatur-Werkstätte des Norddeutschen Lloyd, wo 1500 Mann thätig sind, sind wegen eiliger Reparaturarbeiten Ueberstunden sehr gebräuchlich; auch Sonntags wird je nach Bedarf gearbeitet. In Bremen giebt es etwa 2000 Werftarbeiter, die zur Zeit voll beschäftigt sind. Einstellungen finden nur insolge Wechsels der Arbeitsstelle statt. Da die Werftarbeiter zu einem großen Theil aus Hilfsarbeitern bestehen, diese sich aber aus fast allen Bevölkerungsschichten zusammensetzen, so ist die Zahl der Arbeitslosen andauernd stark und drückt auf das Lohnniveau der Beschäftigten. Die Aussichten der Konjunktur werden aber als günstig angesehen. Die Aktiengesellschaft Weser legt eine neue große Werft an, die bis 1906 fertig gestellt werden soll; die Werft wird auch für den Bau ganz großer Schiffe eingerichtet. Der Betrieb auf dieser neuen Werft wird allmählich eingeführt. Bis jetzt arbeiten darauf schon ca. 200 Schiffbauer; doch werden die Arbeiter nicht vom alten Betrieb übernommen, sondern neu eingestellt. Im alten Betrieb werden durchschnittlich höhere Löhne bezahlt, als im neuen — ein Beweis, daß augenblicklich der Andrang stärker ist, als die Nachfrage. In Rostock haben die Arbeiter ausreichend zu thun. Auch der Lübecker Arbeitsmarkt liegt für die Werftarbeiter noch günstig, wenn es auch nicht an Arbeitslosen fehlt. Recht ungünstig ist dagegen die Geschäftslage in Danzig. Entlassungen finden ziemlich zahlreich statt, während an Neueinstellungen nicht zu denken ist. Von den etwa 6000 auf Werften beschäftigten Arbeitskräften sind zwischen 600 und 800 Mann zur Zeit beschäftigungslos. Nach arbeiten viele verkürzt, meist von 1/8 Uhr früh bis 5 Uhr Nachmittags, die regelmäßige Arbeitszeit beträgt 11 Stunden täglich. An Orten mit ganz kleinen Werften ist der Beschäftigungsgrad überwiegend befriedigend. So sind z. B. in Wismar a. d. Elbe alle Werftarbeiter voll beschäftigt.

Eine Vermehrung der weiblichen Arbeit in der Fabrik als Folge der Krise wird auch in den Berichten der Fabrikinspektion aus dem Königreich Sachsen festgestellt. Wo die absolute Zahl der Arbeiterinnen nicht genommen hat, ist das Verhältnis doch zu Ungunsten der männlichen Arbeiter verändert durch Verringerung der männlichen Arbeitskräfte. Besonders stark war die Vermehrung der Frauen in der Textilindustrie, hier freilich sind auch Männer eingestellt worden, in allen übrigen Hauptbranchen, in der Metallbearbeitung, in der Holzindustrie, in der Bearbeitung der Steine und Erden macht sich das Bestreben bemerkbar, die theuere männliche Arbeitskraft durch die billigere weibliche zu ersetzen. Es kann natürlich nicht ausblei-

ben, daß dadurch auch auf die Löhne der Männer ein Druck ausgeübt wird, der sich in Lohnherabsetzungen äußert.

Genosse Gustav Hoch theilt erfreulicherweise dem „Vorw.“ mit, daß er keinen Schlaganfall erlitten hat, sondern nur von einer leichten Ohnmacht befallen wurde, die ihn nicht hinderte, schon am Abend desselben Tages wieder in einer Versammlung in Wittgenborn am Vogelberg zu reden.

Eine Episode aus der Geschichte der Danziger Lokaltreibungen. In einer sozialdemokratischen Versammlung im Lokal der Frau Berger in Danzig, wo die zielbewußten Arbeiter der Stadt ihr letztes Domizil zur Abhaltung von Versammlungen, Zahlabenden usw. gefunden hatten, kritisierte Bartels das dienstliche Verhalten des überwachenden Polizeikommissars bei früheren Gelegenheiten. Der Herr Kommissar Sachse ersuchte den Vorstand, Bartels das Wort zu entziehen. Bartels verzichtete unter Protest darauf, sich weiter mit der Person des Polizeikommissars zu beschäftigen. Die Versammelten verlangten, er sollte weiter sprechen, und es kam zu lebhaften Szenen. Die Versammlung wurde aufgelöst. Der Mann der Wirthin wurde später wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu fünf Monaten Gefängniß verurtheilt. Bereits wenige Tage nach jener Versammlung aber bedachte der Danziger Polizeipräsident die Gastwirthin, Frau Berger, mit ganz horrenden Verfügungen. Die Polizei wurde auf acht Uhr Abends herabgesetzt. Diese Festsetzung wurde leider rechtskräftig. Weiter wurde der Frau „wegen der im Lokal vorgekommenen Ausschreitungen“ die fernere Benutzung des Lokals zu Versammlungszwecken verboten; ebenso wurden die Passenabende der Gewerkschaften u. s. w. im Lokal bis auf weiteres untersagt. Die Polizei stützte sich auf § 10 II 17 des Allgemeinen Landrechts, wonach die Polizei das Publikum gegen ihm drohende Gefahren schützen soll. Frau Berger wehrte sich im Verwaltungsstreitverfahren. Der Regierungspräsident wies ihre Beschwerde mit folgender Begründung ab: Die angeforderten „amtlichen Ermittlungen“ hätten ergeben, daß weder der zu Versammlungszwecken benutzte Raum seiner Beschaffenheit nach den überwachenden Polizeibeamten ausreichende Garantien für die Möglichkeit der Aufrechterhaltung von Ruhe und Sicherheit, noch andererseits die Frau Berger bei Gelegenheit der fraglichen „Ausschreitung“ diese zu verhindern im Stande oder gewillt gewesen sei. Nachdem der Oberpräsident die weitere Beschwerde ebenfalls zurückgewiesen hatte, klagte Frau B. beim Oberverwaltungsgericht, vor dem sie am 12. Juni der Rechtsanwält Dr. Karl Liehnecht vertrat. Unter anderem verwies er auf das bekannte Vorgehen der Danziger Polizei gegen das Vereins- und Versammlungsrecht der Arbeiter. Man treibe systematisch die Lokale ab und suche den Arbeitern und ihren Vereinen das Leben so sauer wie möglich zu machen. Im vorliegenden Falle, wo man sogar die Zahlabende unmöglich machen wolle, handle es sich auch nur um einen Theil dieses gesetzlich ganz ungerechtfertigten Kampfes. Der amtlichen Darstellung des Herrn Sachse sei kein Glauben zu schenken. In der bezüglichen Versammlung habe der Herr Kommissar in ganz unmotivirter Weise den Revolver gezogen und die sich entfernenden Leute bedroht. Bei den verschiedenen Gelegenheiten habe er sich als fürchtbar aufgeregter Mensch gezeigt, der außer Stande sei, sozialdemokratische Angelegenheiten mit Ruhe zu betrachten. Das Oberverwaltungsgericht gab der Klage statt und hob das Verbot der Benutzung des Lokals zu Versammlungen (und Zahlabenden) auf. Das Verbot könne nicht auf § 10 II 17 A. L. gestützt werden, weil hier die Bestimmungen der Verfassung und des Vereinsgesetzes maßgebend seien. Danach sei es aber nicht zulässig, die Benutzung eines Lokals zu Versammlungen zu verbieten wegen Befürchtung von Ausschreitungen der Versammlungsbesucher.

Eine Mutter.

Roman von Friedrich Gerstäcker.

39 Fortsetzung.

„Na, mein lieber Herr Nebe“, sagte Jeremias aufstehend, „unter diesen Umständen läßt sich vor der Hand gar nicht weiter über die Sache reden. Versuchen Sie's denn in Gottes Namen, und ich selber will Ihnen Glück und Segen wünschen.“

„Ich danke Ihnen herzlich, mein lieber Herr, aber — erlauben Sie mir denn wohl, daß ich“, sagte er leiser hinzu, „ich von hier fortgehe, Ihrer Tochter noch einmal Bescheid sage?“

„Das kann man keinem Menschen vermehren“, sagte Jeremias, mit dem Kopf schüttelnd; „Abschied nehmen ist was Heiliges, aber — setzen Sie mir dem Mädchen keine Schrecken weiter in den Kopf. Es wird dem armen Ding wehe genug thun.“ — Und Nebe's Hand noch einmal herzlich drückend, drehte er sich eilig um und schritt zur Thür hinaus.

15.

Die Leseprobe.

George Monford hatte wirklich sein Neuestes geleistet und mit einer ganz fabelhaften Ausdauer alle Schwierigkeiten, die sich ihm durch die Kürze der gegebenen Zeit entgegenstellten, um seine Lieblingsidee zur Ausführung zu bringen, überwunden.

Wer aber jemals selber die Vorstellung eines Liebhabertheaters oder selbst nur das Stellen von lebenden Bildern zu leiten übernommen gehabt, weiß allein, was für ganz verzweigte Dinge da geschehen können, welche enorme Rücksichten da genommen und welche Schlechwege eingeschlagen werden müssen, um endlich all' die verschiedenen Köpfe —

und je schöner desto schwerer — unter einen Hut zu bringen.

George hatte Alles durchzufassen. Hier nahm Einer die ihm überbrachte Rolle an, um sie drei Stunden später unter irgend einem Vorwand wieder zurückzugeben; dort war eine Person, auf die er sehr gerechnet, so plötzlich und ernsthaft erkrankt, daß selbst ein Möglichkeitsversprechen außer aller Frage blieb. Komtesse B. konnte mit Baron:se K. unmöglich zusammen wirken, da sich Letztere über eine neue Robe der Erstereu ungünstig ausgesprochen, was Komtesse B. zu Ohren von Komtesse B. gebracht hatte. Hauptmann von B. sah sich nicht im Stande, eine Zivilperson zu spielen, während Leutnant von B. einen Hauptmann vorstellen sollte. Es war rein zum Verzweifeln, all' diesen Bedenken und kleinen Misereu noch rechtzeitig zu begegnen, und George wechselte an den beiden ersten Tagen an jedem dreimal seine Pferde und kränkte seinen Reitknecht auf das Tiefste, der in der Zeit, in welcher er vor den Häusern hielt, gar nicht wußte, was er mit den umruhigen und ungeduldigen Pferden anfangen sollte.

Endlich, endlich, und ein tiefer Dankesgesang hob seine Brust, hatte er Alles im Stande, und nach ganz unlagbaren, aber jetzt überwundenen Schwierigkeiten war die erste Leseprobe auf heute Abend festgesetzt.

Um das aber bewerkstelligen zu können, hatte ordentlich eine kleine Verschwörung angezettelt werden müssen, denn Paula durfte natürlich nichts davon merken, und war zu dem Zweck von einer andern, in das Geheimniß gezogenen Familie, die kein Kontingent zu der Vorstellung stellte, eingeladen worden.

Rottack selber hatten sich erboten, diese erste Probe in einem Räumen abzuhalten, da man damit wechseln wollte, und Graf und Gräfin Monford ihnen schon deshalb an dem nämlichen Morgen eine sehr kurze und sehr steife Gegenvisite für den ersten Besuch gemacht. Es war das einmal Ton,

und diese langweilige und für beide Theile gleich lästige Form durfte Niemandem erspart werden.

Paula machte übrigens ganz unbewußt dieser ersten Vorübung die meisten Schwierigkeiten, denn sie erklärte, nicht die geringste Lust zu haben, die Gesellschaft zu besuchen. Sie fühlte sich nicht wohl, sagte sie, und schene sich, unter Menschen zu gehen.

Paula sah in der That seit ein paar Tagen leidend aus; ihre Wangen waren bleich, ihre Augen eingefallen, und das Schlimmste, ihr ganzes Wesen, das sonst von Frohsinn strahlte, schien gedrückt.

Dem Bruder war das vor Allen aufgefallen, denn die Eltern schrieben es, als eine Art von Widerseßlichkeit, dem ausgesprochenen Willen, die Verlobung betreffend, zu und hüteten sich wohl, es zu bemerken. Man mußte Paula ein paar Tage sich selber überlassen, dann gab sich das auch Alles von selbst, und sie war wieder die gehorsame, fröhliche Tochter, wie früher.

Nicht so George, der seine Schwester besser kannte. Er sah, sie war wirklich nicht wohl, und zu ihr gehend, schlang er seinen Arm um sie und sagte herzlich:

„Was hast Du, Paula? Was fehlt Dir, Herz? Du siehst wahrhaftig bleich und angegriffen aus!“

„Mir ist nicht wohl, George“, sagte das junge Mädchen, ihr Haupt an des Bruders Brust lehrend und vergebens bemüht, ein paar vorquellende Thränen zurückzupressen; „so viele Dinge gehen mir im Kopf herum — ich muß nur immer denken und denken, und das thut mir so weh!“

„Du darfst nicht grübeln, Schatz“, tröstete sie George und versuchte ihr Antlitz sich zuzuwenden; aber sie litt es nicht. „Daß Du jetzt genug zu denken hast, glaub' ich Dir ja von Herzen gern; aber es sind doch auch nicht solch' traurige Dinge, die Dir dabei im Kopf herumgehen können, um Dich so niedergeschlagen zu stimmen, wie Du jetzt dreinsiehst. Hab' guten Muth, mein kleiner, braver Paul,“ fuhr er schmeichelnd fort, als sie ihm nichts erwiderte, sondern

Oberschlesische Justiz. Vor der bekannten Beuthener Strafkammer stand am 12. d. M. der frühere verantwortliche Redakteur der „Gazeta Robotnicza“, Genosse Theodor Lukaszczyk, aus Domb bei Kattowitz. Er soll durch einen Artikel des Blattes vom 8. April d. J. verschiedene Klassen der Bevölkerung gegen einander zu Gewaltthätigkeiten aufgereizt haben. Der Artikel erschien nach der entsetzlichen Grubenkatastrophe auf der fiskalischen Königin Luise-Grube in Habrze, bei welcher über 20 Bergleute ihr Leben gelassen haben. In einem Aufruf, den der Artikel enthielt, waren die allgemeinen Ursachen der Grubenkatastrophe besprochen worden. Es war hingewiesen auf die langen Arbeitszeiten, die schlechte Ernährung, die Uebermüdung der ober-schlesischen Bergleute, weiter auf die Vernachlässigung der gebotenen Sicherheitsmaßregeln, den Mangel einer kräftigen Arbeiterorganisation und einer Grubentontrolle durch die Vertrauensleute der Bergarbeiter. Unter Hinweis auf die bekannte Katastrophe von 1896 auf der „Kleophas-Grube“ bei Kattowitz, die 102 Leben vernichtete, wurden die Bergleute der „Luise-Grube“ aufgefordert: „Verlangt eine strenge Untersuchung des vorstehenden Unfalls. Zur Untersuchung müssen Arbeiterdelegierte zugezogen werden. Verlangt Arbeiterkontrollen, welche von den Delegierten gewählt werden und von der Verwaltung unabhängig sind.“ Der Artikel schloß mit den Worten: „Nieder mit dem Kapitalismus! Hoch der Sozialismus!“ Die Anklagebehörde mußte zugeben, daß der Artikel weder eine direkte Aufforderung zu Gewaltthätigkeiten, noch eine direkte Bezeichnung der „besitzenden Klassen“ enthalte. Der Artikel sei aber — nach Meinung der Anklagebehörde und der Urtheilsbegründung — geeignet, die in den ober-schlesischen Arbeiterkreisen vorhandene Erbitterung gegen die besitzenden Klassen in's Maßlose zu steigern, damit sei aber die Möglichkeit gegeben, daß es bei dem geringsten Anlaß zu Gewaltthätigkeiten kommen könnte. Der Artikel spreche zwar nur von „kapitalistischen System“ und von dem „Kapitalismus“ — es sei aber selbstverständlich, daß die Kapitalistenklasse gemeint sei. — Das war der Grundton der Begründung, welche ausreichend erschien, um unsere Genossen Lukaszczyk zu drei Monaten Gefängnis zu verurtheilen. Als die „Gazeta Robotnicza“ im Juni 1901 von Berlin nach Kattowitz verlegt wurde, da wußten die polnischen Genossen nur zu genau, daß die Redakteure mehr Zeit hinter den Gefängnismauern als in der Redaktion zubringen würden. Die Thatfachen haben aber alle Befürchtungen weit übertroffen. Seit kaum zwei Jahren hatten die Angehörigen des polnischen Parteiblattes vierzehn Strafprozesse, zwei sind in der Schwebe. Verhängt wurden 63 Monate Gefängnis, außerdem waren unsere Genossen 19 Monate in Untersuchungshaft. 780 Mark Geldstrafe vervollständigen das Bild. Besonders beliebt waren die „Anreizungsprozesse“, zweimal wurde vergeblich versucht, polnische Parteigenossen wegen Meineides ins Zuchthaus zu bringen. Genügt hat es freilich nichts. Der Einfluß der polnischen Sozialdemokratie in Oberschlesien wächst in rapider Weise.

Der Rechtsanwalt Wilhelm Welles ist am Dienstag in Düsseldorf gestorben. Ehemals war Welles als eifriger Genosse in der Partei thätig. Im Elberfelder Geheimbundprozess war er mitangeklagt. Bei der Stadtverordnetenwahl im Jahre 1895 fand er als Kandidat auf der sozialdemokratischen Liste. In den letzten Jahren zwang ihn sein Krankheitszustand, sich aus dem öffentlichen Leben und der Parteithätigkeit zurückzuziehen; unserer Sache ist er bis zuletzt treu geblieben.

Eine Anklage wegen Aufruhr ist gegen eine Anzahl Textilarbeiter in Cosmar im Elsaß erhoben worden. Anlaß dazu betraf die Straßenvorgänge während des Streiks in der Weberei von Kiener. Bekanntlich ist damals die Polizei in sehr rigoroser Weise gegen die Streikenden vorgegangen. Bei der gerichtlichen Verhandlung am 11. d. M. Kattand, konnte jedoch keinem der Angeklagten die Theilnahme an einer Zusammenrottung nachgewiesen werden. Sie wurden sämtlich freigesprochen.

Die Sozialdemokratie in Spanien. Bei den letzten Wahlen zu den Cortes hat die sozialdemokratische Partei zwar keinen Sitz errungen, aber sie brachte es auf 29 000 Stimmen. Im Jahre 1891 zählten erst 5000 Stimmen auf die sozialistischen Kandidaten, 1896 stieg die Zahl auf 14 000, 1901 betrug sie 25 000, so daß bei der diesjährigen Wahl wieder ein wesentlicher Fortschritt zu verzeichnen war. Besonders hervorzuheben ist der stark Zuwachs in den rein ländlichen Bezirken.

Aus Noh und Fern.

Der Kirchensucher Nardenkötter ist von England ausgereist worden und Sonnabend in Berlin eingetroffen. Er wurde sofort ins Gefängnis gebracht.

Der Briefträger als Hausfriedensbrecher. Ein Briefträger soll sich nicht länger, als unbedingt nötig ist, in der Behausung des Empfängers der Postsendung aufhalten, andernfalls er sich der Gefahr aussetzt, einen Hausfriedensbruch zu begehen. Diese Auffassung hat das sächsische Obergericht zu Dresden in einem Falle von Beamtenbeleidigung ausgesprochen. Ein Briefempfänger hatte die Annahme eines amtlichen Briefes verweigert und denselben wiederholt von dem Tisch geworfen, auf den der Briefträger ihn immer wieder legte. Endlich hatte der Empfänger gedroht, den Postboten zu ohrfeigen, und ihn zur Wohnung hinausgedrängt. Das Schöffengericht verurtheilte ihn wegen Beamtenbeleidigung zu 100 Mark Geldstrafe. Gegen die Herabsetzung derselben durch das Landgericht auf 30 Mark legte der Briefträger vergeblich Berufung ein, da das Obergericht erklärte, der Briefträger habe seine Befugnisse überschritten gehabt. Nach der einmaligen Ausübung des Briefes hätte er sich sofort entfernen müssen. Der Empfänger hätte in Nothwehr gehandelt, da er sich durch den Hausfriedensbruch bedroht gefühlt habe. Nur hätte er seinerseits nicht mit Ohrfeigen drohen dürfen. Nähere man noch hinzu, daß der Briefträger mit der Beleidigung geantwortet habe: „dazu wären Sie mir gerade der Kerl“, so rechtfertigte sich die Herabsetzung der Strafe durchaus.

Ein recht eigenthümliche Weise verunglückte in Ludwigshafen eine Witwe Schmidt. Sie stieg um die Festigkeit eines Walfisches zu prüfen, auf einen umgelegten Handtarran. Dieser kippte um und von der Deichsel wurde hierbei der Frau der Schädel eingeschlagen.

Die deutsche Südpolar-Expedition, die sich auf der Heimkehr befindet, hat die überlieferte Annahme von der Existenz der Termination-Insel, die auf den Karten eingezeichnet ist, zerstückt. Die Expedition fuhr an der Stelle, an der die Insel angeblich liegen soll, vorbei. Die größte gemessene Kälte betrug 48 Grad Reaumur. Mehrere Mitglieder hatten unter Frost zu leiden; andere waren Tage lang während der Schlittenfahrt schneeblind. Es wurden Nahrungsmittelstationen errichtet und Stangen als Wegweiser für andere Forscher zurückgelassen, um solche bei weiterem Vordringen nach Süden zu unterstützen.

Ein Bauerdrama. Aus Temesvár wird gemeldet: In der Gemeinde Bozas verschied kürzlich ein wohlhabender Landmann, namens Bellu. Wenige Tage nach seinem Tode schon nahm seine Wittwe, eine hübsche Frau von 35 Jahren, den 28-jährigen Bauernburschen Bital, mit dem sie seit längerer Zeit ein intimes Verhältnis unterhalten hatte, in ihr Haus und lebte ungeniert. Der 18-jährige Sohn der Wittwe, Joseph Bellu, machte der Mutter vergebens die heftigsten Vorwürfe, und statt sie von dem Liebhaber zu trennen, war er selbst gezwungen, das Haus zu verlassen. Dieser Tage suchte nun Bellu den Geliebten seiner Mutter auf dem Felde auf, um ihn zu bewegen, von dem schändlichen Verhältnis abzustehen. Statt aller Antwort verzeigte Bital dem jungen Bellu mehrere Peitschenhiebe ins Gesicht. Darob gerieth der Geschlagene in solche Wuth, daß er mit dem Geliebten seiner Mutter auf der Stelle abzureden beschloß. Er ergriff eine Sense und bohrte sie dem Bital in den Unterleib. Tödlich getroffen stürzte Bital zusammen. Aber noch war des jungen Bellu Rache nicht gestillt. Er hob nochmals die Sense und riß dem Sterbenden mit einem schellen Schnitt den Kopf vom Kumpfe. Dann ging er vom Schauplatz des Mordes zur Gendarmerie, wo er unter genauer Schilderung des ganzen Vorganges und der Motive des Mordes selbst seine Verheftung begehrte.

Ein Pfarrer, der die Kinoleinwand zu sich kommen läßt. Großes Aufsehen erregt in Oued-Joda bei Orleansville (Algerien) die Verhaftung des Pfarrers Treziers. Die Pariser „Revue“ veröffentlicht Details über diese Affäre. Ein Bewohner von Oued-Joda, der seit einiger Zeit Verdacht gegen den Pfarrer geschöpft hatte, folgte am 20. Mai Mittags in gemessener Entfernungen und bemerkte, wie er vor einem Hause Halt machte und einem jungen fünfzehnjährigen Mädchen winkte. Die Kleine kam alsbald herab und ging hinter dem Pfarrer dem Friedhofe zu. Der Kolonist verbergte sich hinter einem Grabstein und wurde von Zunge einer Szene, die den letzten Zweifel an den Absichten des Geistlichen ausschloß. Empört sprang er

auf den Pfaffen los, welcher daran war, an einem Grabe seine Gelüste zu befriedigen und machte der „Liebeszene“ ein Ende. Ein Verwandter des Mädchens — dieses ist eine Waise — wurde von der Schändlichkeit des Pfarrers benachrichtigt und erstattete sofort die Strafanzeige. Bald traf der Staatsanwalt ein und ordnete die Verhaftung des Pfarrers an. Beim Verhör gab das Mädchen an, von Treziers schon vor drei Jahren — also mit 12 Jahren — verführt worden zu sein. Die Verführte erklärte auch, sie habe in den ersten Tagen ihres Verhältnisses ihrer Lehrerin, einer Schwester der Ordens des heiligen Vincenz de Paula, von dem Gehabre des Priesters Mittheilung gemacht, diese aber habe ihr Schweigen geboten.

Bürgertafel.

Zu Lübeckischen Staatsbürgern sind vom Stadt- und Landamte angenommen: Straßenreiner Mrens. Maurergeselle Wpen. Briefträger Mndt. Brauerbesitzer Vade. Wagengehülfe Fahr. Arbeiter Bahrs. Kaufmann Kallert. Eisenbahnbremsen Handhold. Arbeiter Bannow. Schlup. Tischlermeister Barbh. Arbeiter Bark. Schuhmachermeister Behrens. Gärtner Beitel. Dachdeckergehülfe Benten. Ober Postassistent Bauermann. Barbier und Feiseur Bientenda. Maurermeister Böbs. Tischlermeister Bödenhauer. Eisenbahn-Bureauassistent Böckmann. Geschäftsführer Böffel. Tischlergehülfe Böttger. Eisenbahn-Wagengehülfe Boll. Fuhrer Vorhert zu Broden. Schuhmann Borgwardt. Straßenreiner Boh. Krämer und Flaschenbierhändler Bohjen. Diätar bei der Landesversicherungsanstalt der Hansestädte Brede. Vermessungsgehülfe Brüggmann. Schriftföhrer Bummeier. Schuhmachermeister Busch. Tischlergeselle Busch. Schmiedegeselle Butt. Kaufmann Cantor. Privatmann Carstens. Tischlermeister Christianen. Restaurateur Christianen. Buchbindermeister Claassen. Arbeiter Clasen. Maurergeselle Corbs. Lohnarbeiter F. J. F. Cornelien. Arbeiter F. J. F. Dechow. Gärtner G. H. Dehlen. Tuchbereiter M. D. F. Drews. Arbeiter D. C. W. Düler zu Schlup. Maurergeselle A. D. Düker. Probirer J. A. H. Dührkop. Tischlergehülfe G. J. J. Ehlers. Arbeiter A. J. P. Erdmann. Malermeister Haack. Schlagtergeselle Jahnmann. Buchdruckergehülfe Felber. Theater-Direktor Feldhufen. Arbeiter Fid. Schneidergeselle Fickboh. Arbeiter Frohrip. Arbeiter Gellentin. Kirchenvogt Glade. Gärtner Godekowsky. Arbeiter Gramdow. Arbeiter Hafemeister. Pianohändler Hanfmann. Arbeiter Hecht. Aufwärter Heeres. Kürschnermeister Hirsborn. Töpfermeister Hirsborn. Maurer Hörig. Zimmermeister Hoffmann. Bauunternehmer Hoffmann. Bankier Jaffe. Fuhrer Jürgen zu Krumbek. Klempnergehülfe Jürgen. Böttchergehülfe Jürs. Gärtner Jung. Gärtner Kähler zu Krempeledorf. Werkstätten-Vorsteher Kaerner. Schlossergehülfe Kelling. Klempnergehülfe Kelling. Buchhalter Klempau. Buchhändler Klingenberg. Arbeiter Köhler. Arbeiter Kollmorgen. Bahnsteigwärtler Krauß. Schlossergehülfe Krüger. Arbeiter Kruse. Fuhrer Künzel zu Nieder-Biffau. Arbeiter Laag. Arbeiter Langhans. Margierer bei der Lübeck-Büchener Eisenbahn Lemerenz. Lokomotivführer Liewow. Kontorbote Lütmann. Arbeiter Meier. Buchbinder Meinde. Schmiedegeselle Meister. Brauergehülfe Meyer. Formergeselle Michels. Arbeiter Meier. Ober-Postassistent Mundt. Schriftföhrer Neumann. Klempnermeister Neumann. Arbeiter Nohsen. Weichensteller Nidorf. Arbeiter Pauls. Arbeiter Pfehrson. Schuhmann Perich. Lagermeister Petersen. Klempnermeister Pfeiffer. Eisenbahnwagengehülfe Plog. Arbeiter Prütz. Lokomotivführer Quet. Arbeiter Rehwoldt. Straßenreiner Restorf. Versicherungsbeamter Rehwisch. Arbeiter Riedert. Buff-tier Roth. Maschinist J. H. Chr. Rowedder. Arbeiter J. Chr. F. Schee. Briefträger Schröder. Maurergeselle Schulz. Töpfer Schwarz. Arbeiter Schwarz. Formergeselle Sien. Arbeiter Stapper. Arbeiter Steffens. Arbeiter Stiegelmann. Maler Thoren. Güterbodenarbeiter Trenke. Straßenreiner Voellong. Arbeiter Wop. Müllergehülfe Wapls. Elementarlehrer Warden. Fuhrer Wehde zu Curau. Arbeiter Weltendorff. Photograph Welpthal. Gärtner Witt. Arbeiter Wittfoht. Schmiedehülfe Wittfoht. Bildhauer Wittowsky. Buchhalter Wömer. Former Wolf. Zigarrenarbeiter Zahnd. Dieselben haben am 27. Mai 1903 vor dem Senate den Bürgereid geleistet.

sich nur selber an ihn lehnte; „Hubert Volten ist wirklich ein feierlicher Mensch, manchmal ein bisschen aufbrausend und leichtsinnig, aber, lieber Gott, das gibt sich Alles von selber, wenn er erst einmal solch eine kleine Hansfrau hat. Und denke Dir nur, wie glücklich Du Vater und Mutter dadurch machst, die ja ihr ganzes Herz daran gehangen haben — und Hubert, hundertmal hat er mich in der Stadt, wo er mich nur traf, gefragt, wie es Dir ginge und was Du triebst, und zehnmal war er schon herangekommen, wenn ich die Eltern nicht gebeten hätte, vor der Verlobung jeden zufälligen Schritt zu vermeiden.“

„Ach, George, ich kann Dir gar nicht sagen.“

„Ja, Schatz, da kommt die Mama.“ unterbrach sie George rasch, „daß sie Dich nicht so traurig findet. Du weißt, sie kann es nicht leiden, abgesehen von der letzten Tage selber ganz entsetzlich unsere Geschlechter geschauten hat.“

Die Gräfin kam durch den Garten auf die offene Salonterrasse zu, und Paula hatte sich rasch ausgerichtet und die herrschaftlichen Thronen abgesetzt. George hatte Recht, die Mutter mußte mit ihrem Leid verthont werden, und wo hätte das Kind eigentlich seinen Schmerz am ersten ausgießen, am leichtesten auszuweichen sollen, als an dem Herzen der Mutter!

„Was, Paula, Du bist noch nicht ausgezogen? Der Wagen wird gleich vorfahren.“

„Im Augenblick, liebe Mutter, ich bin in wenig Minuten fertig, am liebsten blies ich freilich zu Hause.“

„Geh Du nur, mein Kind, die Bekleidung wird Dir wohlthun; aber das haben wir auch schon gesagt.“

„Ich gehe ja, liebe Mutter,“ sagte Paula leise, wandte sich ab und schritt ihrem Zimmer zu, in welchem sie bald verschwand.

„Mama,“ sagte George, der ihr schon nachgesehen

hatte, während die Mutter an den Tisch gegangen war, auf dem ein paar illustrierte Journale lagen, „wenn ich nur eine Ahnung davon hätte, daß sich Paula mit Hubert wirklich unglücklich fühlen könnte, ich wüßte nicht, was ich gleich thäte!“

„Unglücklich“ — sagte die Gräfin, den Kopf herüber und hinüber wiegend, ohne sich nach George umzudrehen — „denkst Du, daß wir selber die Verbindung zugeben würden, wenn wir das fürchten?“

„Sicher nicht, Mama; aber — Paula hat sich in den letzten zwei Tagen recht verändert, und — wenn ich sie nicht so genau kenne und nicht wüßte, daß es unmöglich wäre, so würde ich glauben, sie hätte irgend eine andere heimliche Zureichung.“

„Reinst Du das?“ rief die Gräfin, sich jetzt schon ihm zuwendend. „Hast Du irgend einen Verdacht? Auf wen?“

George schüttelte mit dem Kopfe. „Ich schöpfe Verdacht,“ sagte er, „nur ihres blauen Ansehens und Trübseins wegen — aber auf wen? Ich wüßte Niemanden zu nennen oder zu errathen, und so schau ich sie auch in diesen Tagen beobachtet habe, ich konnte nicht das Geringste entdecken, was ihn befähigt hätte. Ich weiß mich in der That auf Niemanden zu erinnern, den sie nur im Mindesten ausgezeichnet, ja, mit irgend einem Rathsel erwähnt hätte, und mit mir spricht sie doch über Alles und plaudert freilich von der Leber weg, was ihr gerade auf die Lippen kommt. Verstellungsgabe hat sie gar nicht — ihre Seele ist rein wie ein Spiegel.“

Die Gräfin sah ihren Sohn fest, aber wie in Gedanken versunken an; ihre Seele war in dem Moment nicht bei dem Bilde und schweifte vielleicht zu anderen Zeiten, anderen Szenen hinüber; aber wie ein Schatten zog das über

ihre Stirn, und sie sagte, nur langsam dabei mit dem Kopfe nickend:

„Du hast Recht, George, so würde sich Paula nie vorstellen können, und wäre dem wirklich so, dann hätte sie doch wenigstens ein Wort davon gegen mich oder Deine Vater geäußert, wenigstens eine Andeutung dahin fallen lassen. Es ist Laune bei ihr, weiter nichts, und Du wirst sehen, wie vollständig sich das schon in den nächsten Tagen giebt.“

„Das will ich von Herzen hoffen, Mama,“ sagte George mit einem Seufzer, „denn so könnte ich das nicht mit ansehen. Wenn mir nicht der arme Hubert leid thäte, wäre ich so eifrig, ich würde Euch selber bitten, die Verlobung noch ein Zeit lang hinaus zu schieben, daß auch Paula erst klar mit sich würde.“

„Das geht nun nicht mehr,“ sagte die Gräfin ruhig, „es ist Alles bestimmt angeordnet und zu viel Leute wissen schon darum; es würde nachher nur ein ganz unnützes, unangenehmes Gerede geben. Aber da ist der Wagen, begleite Du Paula?“

„Ja, Mama, aber wie kommst Du selber hinein?“

„Ich lasse mir die Droschke anspannen; sei nur pünktlich bei Kottack, denn ich — möchte dort nicht gern lang warten.“

„Pünktlich, gewiß,“ rief George; „Kottack sind übrigens prächtige Leute und gefallen mir außerordentlich — auch nicht die Spur von Zwang oder Zurückhaltung, und die Gräfin ist so natürlich und herzlich, wie er selber. Was ist sie nur für eine Geborene — hast Du nicht gehört? Ich bin an verschiedenen Orten danach gefragt worden.“

„Ich weiß es nicht,“ erwiderte seine Mutter, indem sie sich von ihm wandte und zum Fenster schritt — „auf der Karte steht ihr Name nicht.“ (Fortsetzung folgt.)